

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Aprilhälfte 1500.— M. Einzelverkaufspr. 120 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Telefon: { 905 nur Redaktion.
926 nur Geschäftsstelle.

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 81.

Sonntag, 7. April 1923.

30. Jahrgang.

Sucht Frankreich einen Ausweg?

Amsterdam, 7. April.

Aus London wird gemeldet: In Kreisen, die dem Auswärtigen Amt nahe stehen, wurde gestern Abend berichtet, daß die Ereignisse zu einer schnellen Lösung der Ruhrfrage drängen. Es heißt, daß die Franzosen die Initiative zur Herbeiführung eines Friedens ergriffen haben. Der Besuch Loucheurs in London und die Unterredung des französischen Vizepräsidenten St. Maurice mit Poincaré in Paris deuten darauf hin, daß die Franzosen zum mindesten feststellen wollen, welche Ansichten man in England über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten hege.

Die von uns bereits kurz gestreiften aufsehenerregenden Mitteilungen des „Daily Telegraph“ über die Lösung der Reparationsfrage offenbaren sich jetzt in der Tat als Äußerungen Loucheurs, die nicht ohne Wissen der französischen Regierung, insbesondere Poincarés gemacht worden sind. Offiziell gesteht man das zwar in Paris noch nicht ein, aber die Art, mit der maßgebende französische Blätter die Auslassungen des „Daily Telegraph“ behandeln, läßt keinen Zweifel darüber, daß der französische Ministerpräsident über das Vorgehen Loucheurs, wenigstens in seinen Grundzügen, unterrichtet war. Besonders auffallend ist, daß gerade der „Matin“, der schon häufiger von Poincaré als Sprachrohr benutzt worden ist, die Äußerung des „Daily Telegraph“ ausführlich bespricht und sie in wesentlichen Teilen als identisch nicht nur mit den Ideen der französischen Sachverständigen, sondern auch der französischen Regierung bezeichnet.

Das offizielle Frankreich ist nach dem „Matin“ mit der Verminderung der deutschen Schuld, wie sie der „Daily Telegraph“ als Auffassung maßgebender französischer Kreise bereits mitteilte, einverstanden, und es scheint, daß sich Poincaré auch mit jeder Herabsetzung der Reparationsschuld auf weit unter 50 Milliarden zufrieden gibt, wenn der Anteil Frankreichs nicht geringer ist als 26 Milliarden. Auffällig ist jedoch, daß der „Matin“ nicht mit einem einzigen Wort die Äußerung Loucheurs streift, nach der Deutschland die alliierten Schulden an Amerika übernehmen soll. Die Mobilisierung der deutschen Schuld durch eine internationale Anleihe findet dagegen nach der genannten Quelle plötzlich den Beifall der französischen Regierung, die sich jedoch andererseits nur zu einer Räumung des Ruhrgebietes ertönen bereit finden will, wenn ein vollkommen militärischer Rheinstaat mit einem entmilitarisierten Teil des Ruhrgebietes gebildet und durch eine internationale Polizei überwacht wird. Die Brückenköpfe sollen für die Zeit der im Friedensvertrag von Versailles vorgesehenen Frist von französischen Truppen besetzt bleiben. Wo auch hier tritt wieder die Idee in Erscheinung, die Reparationsfrage mit der Lösung des Sicherheitsproblems zu verknüpfen.

Soweit die Herabsetzung der Reparation und die eventuelle Mobilisierung der deutschen Schuld in Frage kommt, scheint die englische Regierung mit der französischen einer Meinung zu sein. Anderer Auffassung ist sie jedoch über die Einrichtung einer rheinischen Republik und die Entmilitarisierung der rheinischen Gebietsteile. Diese beiden Punkte bilden zweifellos die Hauptschwierigkeiten bei eventuellen Verhandlungen, nachdem Frankreich aus guten Gründen an der Verknüpfung der Reparationsfrage mit dem Sicherheitsproblem festhält. Die deutsche Republik kann sich nie einverstanden erklären mit der Zerstückelung seiner Gebietsteile, die dem Versailler Vertrag zuwiderläuft und die in ihrer Auswirkung den französischen annektionistischen Bestrebungen dienen soll. Aber schon die Tatsache, daß sich die beiden maßgebenden alliierten Regierungen über einen Teil der Lösung des Reparationsproblems, wenn auch nur in der Theorie, einig sind, sollte die deutsche Regierung zu besonderer Aufmerksamkeit veranlassen. Uns scheint der Augenblick gekommen, wo es heißt, ernsthaft aktive Politik zu treiben!

vor das Kriegsgericht gehört? Nur der Offizier, der schliefen ließ, oder vielleicht noch gar seine fahrlässig handelnden Vorgesetzten? Jedenfalls darf man jetzt schon feststellen, daß Kopflosigkeit eben und Rohverbrechen am ursten zu den hervorsteckendsten Kennzeichen des französischen Militarismus gehören und daß sie die Hauptbedingten an der Essener Tragödie sind. Die Bestattung der Opfer findet voraussichtlich am nächsten Dienstag, möglicherweise auch an einem späteren Tage, statt.

Essen, 7. April.

Vor dem Kecklinghauser Kriegsgericht wurde gestern gegen den Syndikus des Essener Einzelhandel-Verbandes, Dr. Guyenz, verhandelt. Dr. Guyenz war vom Bredehener Kriegsgericht zu 2 Jahren Gefängnis und 6 Millionen Mark Geldstrafe wegen Unterzeichnung des Essener Boykottbeschlusses verurteilt worden. Die Strafen für Dr. Guyenz wurden auf 6 Monate Gefängnis und 800 000 Mark Geldstrafe unter Anrechnung der bisher verbüßten Untersuchungshaft ermäßigt. Vor dem Kriegsgericht in Werben wurde gegen die seinerzeit in den Büroräumen der Deutschen Volkspartei verhafteten sieben Essener Herren verhandelt. Der Schriftführer der Partei, Dreschen, wurde zu 3 Monaten Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die gleiche Strafe erhielt das Vorstandsmitglied Rinke, während der technische Angestellte Glaum, der zufällig im Hause war, als die Verhaftung der übrigen Herren vorgenommen wurde, zu 5 Jahren Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Vier andere Herren der Volkspartei wurden zu je 6 Wochen Freiheits- und 100 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Da ihnen die Urterfugungshaft angerechnet wird, sollen sie bereits Montag wieder entlassen werden. Ein Droßknecht, bei dem man vorgibt, deutsche Flugblätter gefunden zu haben, wurde zu zwei Jahren Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Essen, 7. April.

Der Bürgermeister von Essen, Schaefer, ist am 23. Februar 1923 von dem französischen Kriegsgericht in Essen zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden, wegen Nichtbefolgung des Requisitionsbefehls. Dieses Urteil ist auf die Revision des Angeklagten durch das Revisionsgericht wegen eines Formfehlers aufgehoben. Gestern Abend stand vor dem Kriegsgericht in Kecklinghausen wiederholt die Verhandlung an. Der Vertreter der Anklage legte dem Gericht noch nahe, eine Erhöhung der Strafe eintreten zu lassen mit der Begründung, daß das erkennende Gericht eine höhere Strafe festzusetzen gewohnt sei als dasjenige Gericht, das das erste Urteil gefällt habe. Die Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Klinghart und Justizrat Dr. Riemeyer aus Essen wiesen auf den Wissenskonflikt hin, in dem sich der Angeklagte gegenüber den Befehlen der französischen Besatzungsarmee, soweit diese im Widerspruch standen mit den Befehlen seiner eigenen Regierung, befunden hätte. Schaefer habe keiner Regierung den Treueid geleistet. Er würde meideidig geworden sein. Er würde sich selbst entehrt haben, wenn er sich zur Verfügung der Besatzungsbehörde gestellt hätte. Das Gericht erklärte den Bürgermeister Schaefer in beiden Fällen schuldig und hielt sich nicht weiter bei den mit Nachdruck hervorzuhebenden Entlastungsmomenten auf. Das Gericht erkannte mit 4 gegen eine Stimme auf eine Strafe von 3 Jahren Gefängnis und 6 Millionen Mark Geldstrafe. Vier der Richter waren Offiziere bez. aus den Vorgängen in Buer bekannten Alpenjägerregiments.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 300.— Mark, auswärtig 350.— Mark für Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 M., für Reklamen 1200.— M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Telefon: { 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion.

Das Schicksal des Landessteuergesetzes.

Im jetzigen Reichstag begegnen Steuervorlagen ungeheuerlichen Schwierigkeiten. Nie ist die parteipolitische Betrachtung so vorherrschend gewesen wie gegenwärtig, nie die Abneigung gegen Besitztümern so groß wie heute, wo eine rein bürgerliche Regierung die Geschicke Deutschlands leitet. Seit dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung sind die bürgerlichen Parteien und die Regierung in Abhängigkeit von den deutschnationalen geraten, die damit auch zum entscheidenden Faktor bei der Steuergesetzgebung geworden sind.

Ebenso schwierig, ja noch schwieriger als die Erledigung des Geldwertengesetzes gestaltet sich die Verabschiedung des Landessteuergesetzes. Vor einer Reihe von Wochen ist keine Beratung im Steuerausschuß des Reichstages unterbrochen worden, weil sich eine positive Stellungnahme zu dem wichtigsten Punkte der Vorlage, der Erhöhung der Umsatzsteuer, nicht erzielen ließ. Die bürgerlichen Parteien, die das Geldwertengesetz mit voller Absicht gegen die Sozialdemokratie verabschiedet haben, wollen der Umsatzsteuer nur zustimmen, wenn auch die Sozialdemokratie dabei mitwirkt. Wo es sich also um die Befreiung des Besitzes von Lasten handelt, da will man die Sozialdemokratie nicht, wo es sich aber um die Belastung des Verbrauchers der Masse handelt, da soll sie gut genug sein, dieses Verhalten der bürgerlichen Parteien in den Augen der Öffentlichkeit durch ihre Zustimmung zu rechtfertigen.

Die Sozialdemokratie lehnt eine solche Rolle ab. Sie anerkennt zwar durchaus die Notlage der Gemeinden und ihr starkes Interesse an der Erschließung neuer Steuerquellen, deren Erträge den Gemeindefinanzen zugute kommen. Sie weiß auch, daß die Notlage der Gemeinden eine Verschärfung der Notlage der hilfsbedürftigen Schichten der Bevölkerung darstellt. Denn wenn die Gemeinden kein Geld haben, so müssen sie sparen; das Sparen in den Gemeinden kann nur erfolgen auf Kosten der Einschränkung von sozialen und kulturellen Aufgaben. Die Sozialdemokratie war deshalb stets bereit, mitzuwirken, um die Finanznöte der Gemeinden zu beseitigen. Der Weg aber, den das Reichsfinanzministerium, die Spitzenkörper der Gemeinden und die bürgerlichen Parteien betreten wollen, ist ungangbar. Nach ihrer Meinung gibt es nur einen Weg, um den Gemeinden zu helfen, nämlich die Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 2½ Prozent. Das ist falsch.

Die Hauptursache der Finanznot der Gemeinden ist nicht ihr zu geringer Anteil an den Reichsteuern, sondern die verspätete Entrichtung der Steuern und die verspätete Ueberweisung der Anteile an die Gemeinden. Mit vollem Recht sagt eine Eingabe der Handelskammer zu Düsseldorf:

„In dem Uebelstand, daß die Gemeinden in den Genuss der ihnen gesetzlich zustehenden Anteile an den großen Reichsteuern erst nach Ablauf eines Jahres und mehr gelangen und sie somit Beträge erhalten, die in keinem Verhältnis zu der inzwischen eingetretene Geldwertverminderung stehen, ist nach unserer Ansicht die Hauptursache der finanziellen Notlage der Gemeinden zu erblicken.“

Ebenso sagt eine Eingabe des Oberbürgermeisters von Hagen (Westf.) an den Reichsfinanzminister:

„Von einer Finanznot der Gemeinden wäre kaum die Rede, wenn die Gemeinden im Etatsjahr 1922 an den Umsätzen des Kalenderjahres 1922 beteiligt wären. . . . Es ist also nicht so sehr Wert zu legen auf die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2½ oder 3 Prozent, als auf die alsbaldige Erhebung und Auszahlung.“

Denselben Standpunkt hat die sozialdemokratische Fraktion bei den Beratungen des Landessteuergesetzes eingenommen, doch fand sie mit ihren Anregungen keinerlei Gegenliebe beim Reichsfinanzministerium und den bürgerlichen Parteien.

In den Beratungen des Steuerausschusses des Reichstages ist ferner vom Reichsfinanzministerium unter Zustimmung der bürgerlichen Parteien die Anschauung vertreten worden, daß eine stärkere Beteiligung der Gemeinden an den Reichsteuern ohne gleichzeitige Erhöhung dieser Steuern mit Rücksicht auf den Stand der Reichsfinanzen nicht möglich sei. Die Reichsfinanzen könnten keinen Ausfall ertragen. So richtig es ist, daß sich die Reichsfinanzen in der denkbaren schlechtesten Verfassung befinden, und daß eine Erhöhung der Einnahmen des Reiches notwendig ist und nicht eine Verminderung, so wenig denken die bürgerlichen Parteien und das Reichsfinanzministerium daran, diesen Standpunkt zu vertreten, wenn es sich um die Bemühungen zum Abbau der Besitzsteuern handelt.

Im Einverständnis oder mit Duldung des Reichsfinanzministeriums sind dauernd die Tarife der direkten Steuern herabgesetzt worden, meistens weit über die Regierungsvorlage hinausgehend. Schlimmer aber ist die mit Zustimmung des Reichsfinanzministeriums beim Geldwertengesetz beschlossene gewaltige Minderbewertung der Sachwerte bei der Einkommensteuer, der Körpers-

Das Ziel des Ruhrkampfes.

Beseitigung des Achtstundentages!

Eine Vertreterversammlung der sogenannten „Bereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands“, in denen bekanntlich der aus der Deutschen Volkspartei hinausgestiegene Abgeordnete Geisler eine Rolle spielt, nahm am Donnerstag einen Vortrag des früheren nationalliberalen Landtagsabgeordneten Baumeister über den Wirtschaftskampf gegen Frankreich entgegen. Baumeister, ein typischer Repräsentant der Schwerindustrie alten Stiles, erklärte, das deutsche Volk dürfe sich keinerlei Illusionen hingeben. Weder ein industrieller noch ein finanzieller Zusammenbruch Frankreichs sei aus dem Ruhrunternehmen zu erwarten. Die Marktstabilisierung sei die fürchtbarste Tötung eines Volkes seit der französischen Revolution, in der ähnliche Experimente gemacht worden seien.

Nichtwendig sei die Aufstellung eines wirtschaftspolitischen Programms, das es ermöglichte, ausländische Zahlungsmittel in großer Menge hereinzubekommen. Zu diesem Zweck müsse sich die Regierung entschließen, die „Wirtschaft in Deutschland freizugeben“ und alle Hemmungen, wie den Achtstundentag usw., zu beseitigen. Reichskanzler Cuno müsse in feierlicher Sitzung des Reichstages eine dahingehende Erklärung abgeben. Cuno sei leider in letzter Zeit durch gewisse Strömungen in eine Richtung gedrängt worden, aus der er die Möglichkeiten der Wirtschaft nicht mehr voll erkennen könne. Ein Wirtsoberbau auf dem bisherigen Wege müsse zu bolschewistischen Zuständen führen. Besitze Cuno nicht das erforderliche Verantwortungsbewußtsein, so fehle in Deutschland überhaupt der starke Mann, der allein die Rettung bringen kann.

Ganz im Sinne dieses Vortrages nahmen die „Vaterländischen“ eine Entschließung an, die die bisherigen Methoden des Wirtschaftskampfes gegen Frankreich als unzureichend bezeichnet und vom Reichskanzler verlangt, daß er die Abschaffung des Achtstundentages, die Bezahlung nach Leistung und die Einführung des „vaterländischen Hilfsdienstes“ (Zwangsarbeit) vom Volke fordere. In einer zweiten Entschließung wurde die Auflösung der kommunistischen Partei verlangt.

Die Kriegsgerichtsverhandlung gegen die Kruppdirektoren.

SPD. Essen, 6. April. (Eig. Drahtber.)

Die Kriegsgerichtliche Verhandlung gegen die verhafteten Kruppdirektoren dürfte schon in der nächsten Woche in Bredehener stattfinden. Ein Tatbestand, auf den sich die Anklage stützt, ist nicht bekannt. Er ist auch nicht leicht zu konstruieren. Man kann nicht einmal behaupten, daß das Direktorium die Herausgabe der Autos, auf die es abgehängt war, verweigert hat; denn tatsächlich wurden diese Autos gar nicht von ihm gefordert. Wenn aber das Zuerücklassen der Streifen als ein Verbrechen betrachtet wird, so bekannt sich die ganze Kruppische Arbeiterschaft zu diesem Verbrechen, denn auf ihren Wunsch wurde, wie bisher noch stets bei militärischen Befehlen, dieser Signalapparat in Tätigkeit gesetzt.

Vielleicht aber darf man nach einer anderen Seite hin nützlich und notwendige Aufforderungen von der Kriegsgerichtlichen Verhandlung erwarten. Des Verhalten der deutschen Seite ist jetzt bis in die kleinsten Kleinigkeiten hinein völlig aufgedeckt. Dagegen liegt vieles, was des Vorgehens des französischen Militärs betrifft, noch ganz im Dunkeln.

Darf man von der Kriegsgerichtlichen Verhandlung in Bredehener erwarten, daß sie Aufklärung darüber schafft, wer eigentlich

Steuern und den Vermögenssteuern. Durch die Bestimmungen über die Bewertung von Warenvorräten, ausländischen Zahlungsmitteln und Effektenbesitz, sowie durch die zugelassenen sehr weitgehenden Abziehungen werden in sehr großem Maße selbst leistungsfähige Steuerpflichtige für die Einkommensteuer bezw. Körperschaftsteuer entweder völlig steuerfrei oder nur mit unwesentlichen Beträgen steuerpflichtig. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß beide Bestimmungen den Anteil der Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftsteuer außerordentlich stark herabdrücken. In dem Augenblick also, wo man den Gemeinden durch starke Belastung des Verbrauchs neue Einnahmen zuführen will, entzieht man ihnen durch Entlastung des Besitzes einen Teil ihrer bisherigen Ansprüche.

In den letzten Tagen hat überdies das Reichsfinanzministerium auch in seiner sonstigen Praxis den Standpunkt verlassen, daß ein Abbau von Reichsteuern nicht möglich sei. Die Kohlensteuer ist um 10 Prozent ermäßigt worden, obwohl die angekündigte Vorauszahlung dafür, — der gleichzeitige Abbau der Kohlenpreise um denselben Betrag — nicht erfüllt worden ist, und obwohl dem Reich dadurch sehr erhebliche Steuerbeträge verloren gehen. Gewiß sprechen für den Abbau der Kohlensteuer sehr gewichtige Gründe. Man erwartet von ihm eine Senkung der Preise. Ob diese Erwartung eintreten wird, ist überaus zweifelhaft, doch werden die nächsten Wochen das ja zeigen. Ungenommen, es erfolgt ein Preissturz und die Herabsetzung der Kohlensteuer erweist sich dadurch als wirtschaftlich und fiskalisch zweckmäßig, würde nicht gerade dann eine Erhöhung der Umsatzsteuer die Wirkung durchkreuzen, um bezentwillen man bei der Kohlensteuer auf einen so erheblichen Teil der Reicheinnahmen verzichtet hat? Daß die Umsatzsteuer preistreibend wirkt, läßt sich nicht in Abrede stellen. Ihre Erhöhung ist also die Verhinderung, mindestens aber die Erschwerung des Preisabbaues.

Im übrigen ist auch ohne die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2½ Prozent das Mißverhältnis zwischen den direkten Steuern und den Verbrauchssteuern immer größer geworden. Im Jahre 1921 war das Einkommen aus fortlaufenden direkten Steuern etwa 49 Milliarden, aus Zöllen und Verbrauchssteuern einschließlich der Umsatzsteuer ergeben sich eine Einnahme von 32 Milliarden, das Verhältnis war also 3 zu 2. Nach dem Vorschlag von 1923 sind die fortlaufenden direkten Steuern mit 220 Milliarden veranschlagt, denen 445 Milliarden Verbrauchssteuern einschließlich Umsatzsteuern gegenüberstehen; das Verhältnis ist also jetzt 1 zu 2 geworden. Die tatsächliche Entwicklung wird dieses Mißverhältnis noch weiter verschärfen, wie die monatlichen Nachweise über die Reicheinnahmen erweisen.

Im Laufe der Beratungen über das Landessteuergesetz ist auch die Anregung gegeben worden, für die Erhöhung der Umsatzsteuer dadurch eine Mehrheit zu schaffen, daß gleichzeitig eine Erhöhung der Besitzsteuern erfolgt. Es ist bezeichnend für den mangelnden Willen der bürgerlichen Parteien, den Gemeinden auch durch Taten zu helfen, daß von ihrer Seite dieser Gedanke scharf zurückgewiesen wurde. Sie sind nur für den Abbau von Besitzsteuern, nicht unter Schädigung der Gemeindeinteressen. So ist z. B. jetzt in Preußen ein Gesetz erlassen worden, daß die landwirtsch. Bewertungsvorschriften, wie sie das Geldentwertungsgesetz vorseht, auch auf die Gewerbesteuer Anwendung finden sollen. Die Folge wäre, daß auch diese Steuer, die heute in vielen Gemeinden das Rückgrat der häßlichen Finanzen bildet, wertlos gemacht wird.

So war und ist die Haltung der bürgerlichen Parteien, die die Erledigung des Landessteuergesetzes verhindert hat. Die sozialdemokratische Fraktion war bereit, das Landessteuergesetz ohne die Bestimmungen über die Umsatzsteuer noch vor der Beratung zu erledigen. Paul Herz.

Das heilige Schwarz-Weiß-Rot.

Das preußische Oberverwaltungsgericht hat schon zu Zeiten Wilhelm des Ruf, eine der reaktionärsten Einrichtungen des Staates zu sein. Man darf nur daran erinnern, daß der Graf von Helldorf dieser richterlichen Behörde bis zum Jahre 1919 angehört, um zu ermessen, von welchen Gesinnungen die höchsten preußischen Verwaltungsgerichte beinflusst waren.

Jetzt ist die Rechtsprelle enttäuscht über ein Urteil, das das Oberverwaltungsgericht am 18. Januar d. R. gefällt hat und das jetzt in der „Deutschen Juristenzeitung“ mitgeteilt wird. Dieser höchste preußische Verwaltungsgerichtshof erklärt die schwarz-weiße Fahne als unantastbar und bezeichnet es als Pflicht der republikanischen Polizei, die Fahne des Kaiseriums zu schützen. Wörtlich heißt es im dem Urteil:

Nach Artikel 118 der Reichsverfassung hat jeder Deutsche das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. Darin liegt die Befugnis, auch keine politische Gesinnung innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze frei zu äußern, wie dies der Gerichtshof für die Beamten gemäß Artikel 130 im Urteil vom 17. Oktober 1921 ausgesprochen hat. Dort ist ausgesprochen, daß dem Beamten nicht nur die Freiheit der bei ihm im Innern vorhandenen, in der Außenwelt nicht hervortretenden Gesinnung gemäß gelassen ist, sondern auch die Freiheit, sich nach außen hin zu einer politischen Erklärung zu betonen, wie sie von einer bestimmten politischen Partei vertreten wird. Hiernach kann grundsätzlich in dem Verhältnis von Beamten oder sonstigen Angehörigen in einem Jahre eine unzulässige Maßnahme auch dann nicht getroffen werden, wenn damit eine politische Gesinnung bekämpft wird, die nicht auf dem Boden der verfassungsmäßigen Staatsform steht. Dies gilt auch für die Entfaltung von Fahnen in den früheren Reichstagen in einem Aufzuge eines an dem Boden der Verfassungsmäßigkeit stehenden Verbandes. Wird eine solche an sich rechtmäßig zulässige Handlung erfüllt, weil Dritte mit Gewaltthätigkeiten gegen die Träger der Fahnen vorgehen, so muß die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung verpflichtete Polizei die an sich rechtmäßige Handlung schützen und sich nicht durch die ungesetzliche Störung dieser Handlung einschließen.

Es ist durchaus begründlich, wenn die Deutschnationalen dieses Urteil scharf als einen Erfolg feierten. Weniger bereitwillig erhebt jedoch die demokratische über mangelnde Freiheit in der Meinung zu klagen. Wenn man sich erinnert, daß noch vor wenigen Jahren reichliche von preußischen Polizeibehörden das Tragen solcher Fahnen verboten wurde, daß man wegen Tragens solcher Fahnen oft die persönlichen Güter bei Beschlagnahme erlitt und daß das Tragen solcher Fahnen mit Arrest bestraft wurde, so ist es nicht verwunderlich, wenn man sich heute freuen darf, daß die Verfassung die an sich rechtmäßige Handlung schützen und sich nicht durch die ungesetzliche Störung dieser Handlung einschließen darf.

preußische Oberverwaltungsgericht alle diese Polizeimaßnahmen zu billigen pflegte mit derselben tiefgründigen Gelehrsamkeit, wie es heute das Gegenteil beweist, wenn sie daran denken, dann werden selbst Deutschnationale nicht mehr einen sehr wesentlichen Fortschritt in freierlicher Richtung bestreiten können.

Formaljuristisch mögen die Geheime von Oberverwaltungsgericht recht haben. Aber wenn man nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften die republikanische Polizei verpflichtet ist, die Fahne der niedergehenden Monarchie zu schützen, so erwächst ihr sicher auch die Pflicht, in gleicher Weise die kommunistische Sowjetfahne in Schutz zu nehmen, wenn deus in machina Knüttelgarden sie anzupfeifen suchen. Das könnte für Bayern z. B. ein sehr lehrreiches Experiment sein. Aber in Bayern hat bekanntlich nicht einmal der Untersuchungsrichter vom Reichsgericht etwas zu sagen, wieweil weniger das bloß preußische Oberverwaltungsgericht!

Ein Deutschvölkischer als Spion.

Ansbachs Nachfolger.

SPD. Kassel, 6. April. (Fig. Drahtber.) Kurz vor Ostern wurden in Kassel mehrere Personen von der Kriminalpolizei festgenommen, weil sie dem französischen Spionagechef in Düsseldorf, Alferichstraße 7, Nachrichten über angeblich rechtseradikale Organisationen und Verbände in Deutschland überbracht hatten. Diese Nachrichten hatte das Haupt der Gesellschaft, ein gewisser Franz Brünning, der unter dem falschen Namen eines Dr. Börner seit längerer Zeit in Düsseldorf wohnt, nach dem Muster des Berliner Großhändlers Paul Ansbach frei erdichtet. Aus den aufgefundenen zahlreichen Schriftstücken, die außerordentlich geschickt angefertigt und gefälscht waren, ging hervor, daß Brünning alias Dr. Börner nicht nur die Meldungen erstattete, sondern auch den von ihm erfindenen angeblichen Geheimverbänden geistlich stützende Namen gab, wie „Völkische Kampfbund Groß-Deutschland“, „Sturmabteilung Hermann“, „Kampfbund der Sturmabteilung“ u. a. m. Seine angeblichen Meldungen, die sich auf die Vorbereitungen eines Rechtsgerichtes bezogen, kamen aus München, Hannover, Hannover und Berlin. Das den Franzosen in die Hände gefallene Material war ozeanisch, den Eindruck zu erwecken, als wenn in Deutschland ein riesiges Netzwerk von Agenten und als ob in Berlin in großer Anzahl vorhandener seien. Bei Brünning wurden etwa 40 falsche Stempel vorgefunden, die er zur Fälschung seiner Schriftstücke verwendet hatte. Brünning war zuletzt angestellter Mitarbeiter der in Hannover erscheinenden deutschvölkischen „Kampfbund“. Der „Sturm“, dessen Geschäftsbüro er in Kassel leitete. In dieser Stellung hatte er naturgemäß Zutritt zu zahlreichen rechtspolitischen Kreisen. Neben der nationalistischen Spionage betrieb die Gesellschaft auch militärische Spionage. Mit Brünning, der im Jahre 1909 geboren und von Herrn Kammann ist, wurden noch folgende Personen festgenommen: die 1903 geborene Frau Hermann in Kassel, der 1902 geborene Fritz Kammann-Kassel und ein 1892 geborener früherer Schutzpolizist aus Düsseldorf namens Franz Wacker, der hauptsächlich die militärische Spionage betrieb.

Bayrische Justiz.

SPD. In der Ordnungszelle Bayern wird ein neuer Kulturstempel vorbereitet. Seit dem 29. März werden der Schriftsteller Franz v. Puffamer, sein Bruder und dessen Verlobte hinter Gitter und Mangel gehalten, ohne daß der Öffentlichkeit dieser Rede und Antwort über die Gründe dieser Verhaftungen gegeben worden ist. Es ist deshalb verständlich, wenn auf Grund der Erfahrungen aus der Vergangenheit vermutet wird, daß hier ein weiterer Fall Kerschbach vorbereitet werden soll. Wer weiß — vielleicht hat es nach in der Absicht der bayrischen Justiz, aus dem Verdacht des Mordes gegen den kürzlich mit einer Revolution in der Tat aufgefundenen Geheimführer Bauer einen Landesverratsprozess zu entwickeln. Tatsächlich wurde Puffamer verhaftet, weil er in dem Verdacht steht, der Mörder des vor wenigen Tagen tot aufgefundenen Geheimführers Bauer zu sein. Die bayrische Justiz klopft diesen Verdacht, weil er mit Bauer längere Zeit in Verbindung stand, ihn beobachtete und ausstufte. Durch diese Verbindung war die Feststellung möglich, daß Bauer im Ernst die Wacht hatte. Scheidemann zu erreichen. Hiernach wurde der Münchener Polizeidirektion Mitteilung gemacht, wo Bauer am 19. Januar seinen Plan, den Kaserer Oberbürgermeister in seiner Heimat zu ermorden, ausgeführt habe. Die Polizeidirektion etwas gegen ihn unternommen. Puffamer wurde also festgenommen, weil er im Verdacht des Mordes steht, ohne daß hierfür der geringste Beweis vorhanden ist. Sein Bruder und dessen Verlobte wurden der Freiheit beraubt, weil sie Anwerber Puffamers waren. Das ist ein Skandal, der keineswegs nach und der schließlich nur eine Begründung darin findet, daß Puffamer linksstehender Schriftsteller war. Was bedeutet der Reichstagsminister gegen diesen Skandal zu unternahmen?

Die Putschisten in Thüringen.

Reaktionäre Blätter glauben noch immer, die Mitteilungen über rechtsradikale Putschvorbereitungen in Thüringen anzusehen zu dürfen. Man gefällt sich in leichtfertigen Verdächtigungen des thüringischen Ministeriums des Innern, weil das Ministerium gegen die Maßnahmen der Gewaltstäter mit Nachdruck eingeschritten ist. Gegenüber diesem Verdammungsbestreben wird jetzt vom Thüringer Presseamt mitgeteilt:

Das in Thüringen entdeckte, umfangreiche Besatzungsmaterial, wie es in Weida, Gera, Hildburghausen, Meiningen, Simonsen, Arnstadt und Sondershausen gefunden wurde, ist am 31. März dem Oberstaatsanwalt in Leipzig mit Anzeigen auf Hochverrat, Geheimhändelei, Organisation bewaffneter revolutionärer Verbände und wegen schwerer Verbrechen gegen den § 7 Ziffer 3 bis 6 zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 eingereicht worden.

Internationale Solidarität.

London, 6. April. Nach einer Meldung der „Times“ aus Wellington beischloß der Kongreß der Arbeiterpartei Neuseelands, im Hinblick auf die durch den kapitalistischen Imperialismus drohenden Gefahren den Versuch zu machen, eine allgemeine Konferenz der Arbeiterparteien des gesamten britischen Reiches zuzubringen, um im Hinblick auf Englands auswärtige Politik gemeinsame Vorgehen zu können. Ferner schloß sich der Kongreß dem Protest der englischen Arbeiterpartei gegen die Ruhrbesetzung an.

Rücktritt des Ministeriums Branting.

SPD. Stockholm, 6. April. (Fig. Drahtber.) Das Kabinett Branting, das nach den allgemeinen Wahlen von 1921 gebildet wurde, ohne eine parlamentarische Mehrheit zu besitzen, ist zurückgetreten. Die zurückgetretene Regierung bestand ausschließlich aus Sozialdemokraten, da die Liberalen und die Rechte nach den Wahlen von 1921 nicht in der Lage waren, allein oder zusammen zu regieren. Eine Koalitionregierung wurde damals auf Grund schlechter Erfahrungen von früher nicht gebildet. Dem Rücktritt des Kabinetts liegt folgender Tatbestand zugrunde: Infolge großer Unzufriedenheiten, besonders in der Bergwerksindustrie, haben viele Arbeitsskandale seit Wahlen keine Unterstützung erhalten. Die Entziehung der Unterstützung wurde damit begründet, daß sie sich in einem Konflikt befänden und infolgedessen einen Anspruch auf Unterstützung nicht hätten. Die Regierung beabsichtigte, dieser Unmöglichkeit ein Ende zu machen, und sie legte deshalb dem Reichstag neue Richtlinien für die Arbeitslosenunterstützung vor. Von vornherein machte sie die Ablehnung dieser Richtlinien zur Forderung. Die Zweite Kammer nahm den Entwurf der Regierung bei der ersten Beratung an, dagegen lehnte ihn die Erste Kammer ab. Nach diesem Ausgange machte der Reichstag einen Kompromißvorschlag, der auch die Regierung und die sozialdemokratische Fraktion befriedigte. Die Erste Kammer lehnte aber auch diesen Vorschlag ab, jedoch die Regierung sich gewonnen sah, aus diesem Verhalten ihre Konsequenzen zu ziehen. Der König ist geneigt zur Erhaltung in Italien. Die Regierungstrife wird deshalb keine schnelle Entscheidung erfahren. Da die parlamentarischen Verhältnisse noch genau die gleichen sind wie nach den Wahlen im Jahre 1921, ist anzunehmen, daß in der Zusammensetzung der Regierung keine wesentlichen Veränderungen vorgenommen werden.

Große Lage in Rumänien.

Budapest, 5. April. Der hier weilende rumänische Minister Stirler erklärte die Gerüchte über eine Revolution in Rumänien für unrichtig. Tatsache aber ist, daß in Rumänien in der Frage der Verfassungsreform ein heftiger Kampf zwischen Opposition und Regierung im Gange ist. Die Lage in Bukarest ist keineswegs so harmlos, wie es die offiziellen Blätter darstellen. Am letzten Sonntag fanden in Bukarest tatsächlich große Demonstrationen statt, die durch Militär unterdrückt wurden. Nach einer Blättermeldung hat eine große Demonstration vor dem Palais des Fürsten Strben, eines intimen Mitarbeiters des Hofstaates, stattgefunden, wobei zahlreiche Türen erbrochen und in den Sälen ungeheure Vermüllungen angerichtet wurden. Die Polizei mußte einschreiten. Alle Meldungen über Tote und Verwundete werden von der Zensur zurückgehalten. Die Lage in Rumänien ist unklar. Wenn auch die Nachrichten über eine Revolution und eine Flucht des Königs derzeit falsch sind, so ist es doch Tatsache, daß die Regierung Brasilans und die Opposition, in der auch die rumänische Bevölkerung der annektierten Gebiete eine Rolle spielt, in einem Kampf einander gegenüberstehen, dessen weitere Gestaltung sich heute noch nicht übersehen läßt.

Opposition gegen Lenin.

Moskau, 4. April. Die Moskauer „Pravda“ bringt anlässlich des auf Mitte April verschobenen 12. Kongresses der Russischen Kommunistischen Partei sogenannte „Diskussionsbeiträge“, die einen Ideenkampf von grundlegendem Interesse widerspiegeln. Es handelt sich dabei um die von gewissen Kreisen der Partei angestrebte „Revision des Leninismus“. Lenin hatte auf dem 11. Parteikongreß zuvor gewarnt, der Arbeiterschaft bei dem wirtschaftlichen Aufbau Russlands eine unüberwindliche Monopolstellung zu garantieren und auf diese Weise den verhängnisvollen Fehler der „kommunistischen Selbstüberhebung“ für die Dauer zu sanktionieren. Seither ist Lenin wiederholt für die „engere Verbindung zwischen Dorf und Stadt“ eingetreten und hat zugleich einer weitgehenden Heranziehung von Fachleuten zu den verantwortlichen Wirtschaftsposten das Wort geredet. Hiergegen erklärte der frühere Landwirtschaftsminister Ossinski, daß es vom kommunistischen Standpunkt aus gänzlich unzulässig sei, die Schlüssel der Sowjetwirtschaft den parteifremden „Fachleuten“ auszuliefern und sich selbst mit der Rolle von Kontrollleuten zu begnügen. Diese oppositionelle Ideologie Lenins sei geradezu als Sündenfall zu bezeichnen und laufe letzten Endes auf eine Liquidierung der Parteidiktatur hinaus. Demgegenüber fordert Kamenev im Sinne Lenins, daß die Partei sich um jeden Preis das Vertrauen der Bauernschaft sichern müsse. Die Opposition vom Schlage Ossinski sei bestrebt, die Arbeiterklasse gegen den Sowjetstaat auszuspielen, ein Manöver, das gegenwärtig die Grundidee des Menschewismus bildet: sie mache sich zu diesem Zweck eine linksradikale Form an und stelle die Klasseninteressen des Proletariats dem angeblich bäuerlich orientierten neuen Sowjetstaat gegenüber. Diese Geistesrichtung sei eine Gefahr für die Entwicklung der Partei und der Revolution. Kamenev erklärt, daß eine „Rationalisierung“ des Sowjetstaates jedenfalls Gegenstand der nächsten Kongreßberatungen sein werde, wobei sogar der Bestand des Zentralkomitees der Partei sowie des Rates der Volkskommissare einer Revision unterzogen werden dürfte; das einzige jedoch, was die Partei nimmermehr zulassen werde, sei eine politische Revision des Leninismus.

Kamenevs Programmrede.

Moskau, 3. April. Auf der Moskauer Gouvernementskonferenz der Russischen Kommunistischen Partei erklärte Kamenev, der seit längerer Zeit Lenin im Rate der Volkskommissare vertritt und als einer der angesehensten Kandidaten für die Nachfolge Lenins gilt, der Hauptaufgabe bei der Arbeit des Zentralkomitees der Partei müsse die engere Verbindung des Proletariats mit der Bauernschaft sein. Die Steuerpolitik auf dem Lande müsse mit großer Vorsicht gehandhabt werden. Ferner gelte es, die Auslandsmärkte für die Ausfuhr des bäuerlichen Getreides zu erschließen. In der Staatsindustrie müsse auf ein enges Zusammenwirken der Partei mit den Wirtschaftsorganen hingearbeitet werden. Endlich sei es notwendig, den nationalen Bedürfnissen der nationalen Minoritäten des Sowjetbundesstaates, die etwa 60 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, in erhöhtem Maße Rechnung zu tragen; alle Tendenzen einer großrussischen Vorherrschaft müßten vermieden werden.

Der Expräsident des braunschweigischen Landtages, August Wergs, wurde am Donnerstag verhaftet und nach einer Vernehmung durch den Untersuchungsrichter in Untersuchungshaft abgeführt. Der Grund seiner Verhaftung ist unbekannt.

Volkswirtschaft.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Der Fehlschlag der Goldanleihe des Reiches. — Der untergroßene Preisabbau. — Herabsetzung der Kohlenpreise. — Erhöhung der Preise für Umlagegetreide.

Die großen Hoffnungen, die man auf die Dollaranleihe des Reiches setzen zu können glaubte, haben böse Schicksale gelitten. Anstatt der ausgeschriebenen 200 Millionen Goldmark sind nur 50 Millionen vom großen Publikum gezeichnet worden. Weitere 50 Millionen müßten die Banken entsprechend der von ihnen eingegangenen Verpflichtung zuschießen. Auf diese Weise erfüllt die Reichsbank immerhin 100 Millionen Goldmark an Devisen, einen Betrag, der ihr zwar die weitere Interventionstätigkeit erleichtert, aber längst nicht ausreicht, um die Devisenpolitik der nächsten Zeit auf breite Grundlage zu stellen. Die Reichsbank hat denn auch einer erheblichen Teil ihres Goldbestandes, nämlich 100 Millionen Goldmark ins Ausland gebracht, um sich für nötigenfalls auszunehmende Devisenkredite vorzustellen zu können. Auf diese Weise erhöht sich der bei ausländischen Zentralnotenbanken hinterlegte Betrag des Reichsbankgoldes auf etwa ein Sechstel des gesamten Goldbestandes. Gegen diese Operationen ist vom Standpunkte der deutschen Währung aus nichts einzuwenden. In dem schweren Kampf um seine Existenz, den jetzt das deutsche Volk führt, wäre es zwecklos, diejenigen Reserven mit der Befürchtung einer noch schwereren Zukunft zurückzuhalten, die es noch besitzt. Ueber die Grundsätze, mit denen die Reichsbank gegen ihren Willen und unter dem Druck von außen ihre Währungspolitik geführt hat, wird später noch ein ernstes Wort zu reden sein. Sowohl bei der Vorbereitung der Devisenanleihe, wie während ihrer Durchführung sind Fehler gemacht worden, die nicht hätten vorkommen dürfen, die jedenfalls den für die Währungspolitik des Deutschen Reiches verantwortlichen Instanzen ein denkbar schlechtes Zeugnis sind. War es wirklich notwendig, das strikte Verbot der Devisenbefreiung in einem Augenblick abzuschwächen, wo die Anleihezeichnung noch im Gange war? Ist man überhaupt mit Krediterschöpfung in der Zeit der Anleihezeichnung energig genug vorgegangen, um zu verhindern, daß diejenigen, die vor wenigen Wochen ihre Devisen teuer verkauft hatten, sie jetzt zu niedrigem Kurse wieder zurückkaufen konnten? Die lebhaftere Nachfrage, die gegen Ostern sich wieder an Devisenmarkt zeigte, ohne freilich den Dollarkurs wesentlich steigen zu können, spricht doch gegen diese Annahme! Wo blieben die großen Zehner, die Leute, die für Kapitalanlagen im Ausland immer Devisen zur Verfügung haben? Ist alles geschehen, um den Einfuhrbedarf Deutschlands so gering als möglich zu halten, nachdem nun einmal die Ruhrbesetzung eine erhebliche Belastung unserer Handels- und Zahlungsbilanz durch die notwendig gewordene Einfuhr englischer Kohle gebracht hatte? Werden nicht statt dessen wieder Erleichterungen der Wareneinfuhr vorbereitet, deren Ankündigung allein genügt, um viele Devisenbesitzer zu veranlassen, an ihren Beständen festzuhalten? Diese und noch manche andere Frage wird später aufzurollen sein, wenn die innen- und außenpolitische Lage diese Probleme wieder disktionsreif gemacht hat.

Der pomphaft angekündigte Preisabbau hat sich, wie an dieser Stelle wiederholt dargelegt wurde, nur in den Großhandelskreisen Geltung verschafft. Obwohl der Kleinhandel bei denjenigen Waren, wo es die Preispolitik der Kartelle ermöglichte, seinerseits ebenfalls zu Preisnachlässen schritt, konnte in den Lebenshaltungskosten eine spürbare Erleichterung nicht wahrgenommen werden, weil eine große Zahl von Waren und Leistungen, die zu dem dringendsten Bedarf der Bevölkerung gehören, insbesondere die Tarife und Gebühren für Gas, Wasser, Elektrizität usw. noch weiter liegen. Nun ist auch der jaghafte Preisabbau im Großhandel zum Stillstand gekommen! Wo noch eine von einem Preisabbau für den Konsumenten die Rede sein konnte, steht bereits die Abwärtsbewegung der Großhandelspreise. Das ist um so erstaunlicher, als von einer Ueberbrückung der gewaltigen Kluft, die zwischen der Kaufkraft der Bevölkerung und dem Preisniveau klafft, doch gar keine Rede sein kann. Noch immer liegt der Warenabfall darnieder. Ihn durch einen großzügigen Abbau der Preise wieder auf die Beine zu helfen, scheint nicht die Absicht der Industrie zu sein.

Zu diesem Schluß muß man jedenfalls kommen, wenn man das Verhalten der Unternehmer seit dem soeben erfolgten Abbau der Kohlenpreise beobachtet. Noch bis vor kurzem gab es in den

Augen der Unternehmer hauptsächlich drei Ursachen der Teuerung: die Löhne, die sich noch nicht auf die Hälfte des Preisstandes der Waren erhöht haben, die Gütertarife, die dem Dollar viel langsamer folgten als die meisten Warenpreise, und die Verteuerung der Kohle durch die Kohlensteuer. Jetzt ist die Kohlensteuer um 10 Prozent, die Kohlenpreise sind sogar noch etwas mehr herabgesetzt. Da macht man nun die Entdeckung, daß selbst die über den Weltmarkt hinausgehenden Preise für Grobwaren, die immer mit den Kohlenpreisen erhöht worden sind, von den Kohlenpreisen nicht oder doch nur unmerklich beeinflusst werden! Das ist denn doch etwas stark. Man wird gespannt sein müssen, ob es dem jetzigen Reichswirtschafts- und Schwerindustrie- und Fachminister Becker gelingen wird, die von ihm ausgegebene Parole des Preisabbaus gegen solche Unternehmerrhetik durchzusetzen.

Daß jeder Preisabbau bei den Unternehmern auf Schwierigkeiten stoßen würde, war vorauszu sehen. Und mehr ist es zu beobachten, daß der ganze Zug der Wirtschaftspolitik harte Eingriffe des Staates in den Warenmarkt und in die Preisbildung zu vermeiden sucht und daß die menschliche Richtung mehr und mehr die Oberhand gewinnt. Los vom Staate, Freiheit des Handels und des Handwerks sind die Schlagworte, auf die sich die bürgerliche Wirtschaftspolitik immer deutlicher zubewegt. So kommt es, daß heute, wo noch keiner das Ende und die Folgen des Ruhrereignisses zu übersehen vermag, die freie Getreidewirtschaft sogar ohne die formelle Zustimmung des Parlaments beschlossene Sache ist, daß man inzwischen auch die sachlichen Vorbereitungen für die Befreiung der Umlage trifft. So hat man den Preis für das letzte Sechstel der Umlage in letzter Stunde noch einmal erhöht, obwohl weder für die Erhöhung noch für das Ausmaß der Erhöhung irgend eine Mehrheit im Preisauswahlgremium lag. Der Umlagepreis bleibt zwar mit 22 500 Mk. je Zentner Roggen immer noch um etwa 20 Prozent hinter dem gegenwärtigen Preis des freien Marktes zurück, aber es ist daran zu erinnern, daß in den letzten Wochen bereits einmal der Preis für freies Getreide unter 30 000 Mk. heruntergegangen ist, was jedoch durch die Erholung des Marktes bald wieder ausgeglichen wurde. Mit ihrem unausgesetzten Getreidebedarf stellt die Reichsgetreidekasse eine starke Stütze des Marktes dar, selbst dann, wenn sie zeitweilig nicht als Käufer auftritt. Werden jetzt die Umlagepreise in die Höhe gebracht, so bedeutet das, daß sie unter die Grenze des Umlagepreises nicht mehr oder doch höchstens ganz vorübergehend sinken können. Da aber auf der andern Seite auch dem deutschen Getreidepreis durch die Weltmarktpreise eine obere Grenze gesetzt ist, hat sich mit der neuen Preisfestsetzung die Spanne zwischen reguliertem und unbeeinflusstem Getreidepreis weiter vermindert. Daß durch die neuen Umlagepreise ein wesentlicher Produktionsanreiz ausgeübt werden wird, ist entschieden zu bezweifeln. Wenn die hohen Getreidepreise, die am freien Markt erzielt werden konnten, nicht Anlaß gegeben haben, durch rechtzeitige intensive Feldbestellung eine Erhöhung der Produktion in die Wege zu leiten, der wird in der letzten Umlagepreiserhöhung mit ihren 2500 Mk. Mehrertrag pro Zentner für einen Teil des vorhandenen Getreides auch keinen wesentlichen Ansporn zu besserer Ackerbewirtschaftung sehen.

Das Bedenkliche ist an dieser Erhöhung des Umlagepreises, daß sie sich logischermaßen nicht für den Verbraucher vollzieht, da der Brotpreis nicht erhöht wird. Die Kosten der Verbilligung aber, die jetzt das Reich in erhöhtem Maße zu tragen hat, fallen gleichwohl auf ihn zurück, da für diese Ausgabe im Reichsetat keinerlei Deckung vorhanden ist. Die Aufwendungen zur Brotverbilligung aus dem großen Schuldtopf gemacht werden und schließlich durch die Notenpresse, also durch Verschärfung der Kaufkraft der breiten Massen gedeckt werden müssen. Es ist interessant, wie dieselben Kreise, die früher gleichermaßen über die uferlose Schuldentwirlschaft und über die angelich so verschärfte Verbrauchsrestriktion sozialistischer Minister geäußert haben, jetzt die gleiche Politik verfolgen, um den Uebergang zur freien Getreidewirtschaft dem Volke schmackhaft zu machen. Mit einem Unterschied freilich: Früher wurde wenigstens ein Versuch nach dem andern unternommen, das Defizit des Reiches zu decken. Heute dagegen, wo der Etat des Reiches auf das äußerste angepannt ist, da das Ruhrgebiet und der Abwehrkampf gewaltige Aufwendungen erfordern, wo in jedem Monat der Schuldensand des Reiches um mehrere Billionen und der Notenumlauf der Reichsbank in gleichem Tempo anschwillt, paßt man die Steuern des Reiches in so großem Umfang der Geldentwertung an, daß die Erträge ganz wesentlich gemindert werden. Den Erben, die nach Beendigung des Ruhrkrieges diese gänzlich verfahrenere Finanzwirtschaft einmal zu liquidieren haben werden, steht keine leichtere Aufgabe bevor als denen, die den Krieg auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet abzuwickeln suchten.

Vermischte Nachrichten.

Ein Puppenhaus als Nationaldenkmal. Die bürgerliche Presse verbreitet mit Behagen folgenden Schmaus: Seitdem Prinzessin Mary, die Tochter des englischen Königspaars und Gattin des Marquis of Lascelles, Mutter eines Knaben geworden ist, steht das eben gelauene Kind im Mittelpunkt des Interesses des ganzen englischen Volkes. Jeder lokale Engländer teilt sogar die großartigeren Gefühle seines Souveräns, und die ganze Nation vereint ihre Kräfte in edlem Wettbewerb, dem Gattinkind des Königs ein Puppenhaus zu stiften, desgleichen die Welt noch nicht gesehen hat. Die bekanntesten englischen Maler werden das Haus mit Bildern schmücken und die angefeindeten Akademiker und Kunststicker sind am Werk, jeden Gegenstand dieses Puppenhauses zu einem Meisterwerk des alten Genies in Miniaturform zu gestalten. Eine Kuriosität an sich bildet die Bibliothek dieses Puppenhauses, die in ihren 110 Bänden Beiträge der berühmtesten Dichter der zeitgenössischen englischen Literatur enthält, die für diesen Zweck eigene Arbeiten beigezeichnet haben. Das Kleinod dieser Disziplin-Bücherei ist ein bisher nicht veröffentlichtes Märchen von Rudyard Kipling aus dem "Book of the Jungle" in Form einer Briefmarke. — Man merkt es dem Geschreiber an, daß es von händlichen Maraschitenherren stammt. Rechtzählige Anfertigung geförderter Künstler, und wären es noch so große Dilettanten, ist der Weisheit letzter Schluss. Was dem einen oder anderen Degenerierten im Kopfe kocht, wird auf jeden lokalen Engländer — bei uns heißt es Deutschmann — als selbstverständliches übertragen. In Wirklichkeit haben hunderttausende von Engländern ihre Schreiner weit mehr auf ein kleines Heim gerichtet, als auf ein Puppenhaus der Prinzessin. Denn auch in England ist die Wohnraumnot riesenartig. Die Verbreitung derartiger Nachrichten soll die Küstenherrlichkeit in Erinnerung bringen. Denn wenn es den arbeitslosen Häuptern und ihren Weibskindern auf geht, ist der Spießer schon befriedigt. Wir bringen diese Meldung nur, um zu zeigen, wie recht das deutsche Volk hatte, als es die 22 deutschen Fürsten zum Teufel jagte. Wir haben so noch Geschmeiß genug zu erziehen.

Der Fischer ertrunken. Aus Stettin wird gemeldet: Ein trauriger Unfall hat sich auf der Ostsee in der Nähe der Insel Rügen ereignet. Der Fischer Roggow aus Karshagen wollte mit seinem ältesten Sohne sein Boot in die Peene bringen. Dabei schlug das Boot um und beide ertranken. Ein ähnlicher Fall ereignete sich in Stolpmünde. Beim Einholen der Netze kenterte ein Boot infolge hohen Seegangs. Die beiden Fischer Buge und Haaf ertranken.

Steuerunterschlagungen im Zigarettenhandel. Nach Mitteilungen aus Kreisen der deutschen Zigarettenindustrie nehmen die Untererschlagungen an Zigarettensteuer und die Verfälschung der Steuerbanderolen immer größeren Umfang an. 25 bis 30 Prozent der Zigaretten werden ohne oder mit gefälschter Banderole verkauft, d. h. etwa fünf Milliarden Zigaretten entgehen jährlich der staatlichen Kontrolle. Das bedeutet einen Steuererlust von rund 200 Millionen Mark jährlich für das Reich. Nach weiterer Mitteilung aus Fachkreisen soll über die Hälfte der Berliner Zigarettenindustrie bereits in die Hände von Ausländern geraten sein.

Neuer amerikanischer Flugrekord. Der „Times“-Korrespondent in New York meldet, der amerikanische Fliegermajor Lee Stinson schlug alle Schnelligkeitsrekorde, indem er 402,250 Kilometer in der Stunde auf der 120 Kilometer langen Strecke zwischen Kolumbus in Neumexiko und Fortbills in Texas zurücklegte, die er in 18 Minuten durchfuhr.

Spanelli

die beste Milch-Schokolade

174

Der Wanderer ohne Weg.

Roman von August Hinrichs.

11. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Mehrere Wochen lag ich an einer schweren Lungenentzündung darnieder, und als ich zum erstenmal wieder klar denken konnte, sah Hannes an meinem Bett, einen kleinen Strauß mühsam zusammengeschichtet letzter Herbstblumen in der Hand. In jedem Besuchsstag kam er, und ich wunderte mich, daß der Meister ihm die Zeit dazu ließ. Aber als ich endlich aus dem Krankenhaus entlassen war und meinen rückständigen Lohn in Empfang nahm, erfuhr ich, daß Hannes längst seinen Abschied erhalten hatte. Er hatte in der Umgegend an verschiedenen Stellen ein wenig gearbeitet und sich durchgeholfen, so gut es ging, um auf mich zu warten. Zwar hätte ich meine Arbeit wieder aufnehmen können, aber ich wollte meinen guten Freund nicht allein lassen, und Hannes war außer sich vor Freude, als wir endlich beide wieder auf der Landstraße marschierten.

Er behauptete, wir müßten über München wandern, und weil es mir unerwartet war, verließen wir den Rhein und schlugen uns quer durch Baden und Württemberg nach Bayern hinein. Auf dieser Reise behandelte Hannes mich wie ein krankes Kind. Sein gewaltiger Schirm, der bisher auch bei Regenwetter stets zugebunden gewesen war, wurde jetzt bei jedem kalten Windstoß aufgespannt, und sein blaues, etwas verwittertes Dach war hinreichend groß genug, mich vor Sturm und Regen zu schützen.

So fürsorglich aber Hannes auch mit mir umging, mitunter kamen wir doch aneinander.

Er besah den unermüdbaren Glauben, daß alle Menschen im Grunde gut seien. Ich war vielleicht noch durch meine Krankheit etwas gereizt und widersprach ihm oft. Da trafen wir einmal abends einen ganz besonders gutmütig aussehenden Herbergsbauer.

Sieht er nicht aus wie der liebe Gott selber? fragte Hannes entzückt.

Ich hatte meinen schlechtesten Tag. „Er sieht falsch aus den Augen“, behauptete ich also.

„Ich will dir beweisen, daß du ihm Unrecht tust!“ Und Hannes ging hin und sagte: „Wir möchten gern ein wenig Essen haben und auch ein Bett heute Nacht, aber wir haben keinen Pfennig Geld mehr.“

„Schon gut“, sagte der Bauer nur, und wir bekamen beides.

Ich war beschämt. Als wir aber am andern Morgen unsere Papiere haben wollten, die ja jeden Abend auf der Herberge abgegeben werden müssen, hielt er uns zurück: „Wartet nur, ihr seid noch nicht fertig.“ Wir bekamen erst nach einem Morgentafel, dann führte er uns in einen Schuppen und zeigte auf einen Stapel Holz: „Wenn ihr das Leingemacht habt, legt mir nur Bescheid.“ Und ehe wir uns recht bekamen, waren wir eingekerkert.

„Ganz verdußt standen wir da. Hannes sah so entsezt aus, daß ich laut herauslachen mußte.“

„Wie kannst du nur lachen“, sagte er, und ich sah, daß ihm die Tränen in den Augen standen.“

„Sagend nahm er die Säge zur Hand, aber ich riß sie ihm fort. Wenn wir alles Holz zerlegten, hätten wir unsere Zehne dreifach bezahlt. Lieber schleppte ich einen Haufen bereits zerlegtes Holz, das in einer Ecke lag, beiseite, verstaute unsere großen Nester darunter, deckte sie fein säuberlich wieder zu. So wurden wir freilich leichter damit fertig.“

Nach einigen Stunden kam der Vater und schmunzelte befriedigt, als er unsere Arbeit schon getan sah.

„Solche Leute habe ich gern“, sagte er mit seinem freundlichsten Lächeln, „wenn ihr vielleicht noch einen Tag bleiben wollt.“

Wir dachten aber: „Lieber nicht!“ und machten, daß wir weiter kamen.

An diesem Tage war Hannes niedergeschlagen, und ich genoss meinen Sieg über ihn mit einem verächtlichen Behagen; am nächsten Tag jedoch hatte er die Lehre vergessen und war wieder der Alte. Und im Grunde mochte ich ihn so auch lieber.

Es wurde kälter und mitunter war es recht ungemütlich auf der Straße. Einmal stapften wir bei einem dünnen Regen unter unfremd Schirm hin und hielten uns hinter einem Wagen, der langsam vor uns her rumpelte. Es war ein Zigeunerwagen, zwei Hunde und eine Fiege trakteten hinterdrein. An dem Fenster in der Hinterwand sah eine Alte mit buntem Kopftuch und sah uns unermüdet an.

„Sieh ihre Runzeln“, sagte Hannes, „es ist die Großmutter der Welt. Ist sie nicht schön?“

„Dem Teufel keine Großmutter ist's“, sagte ich unwirsch.

„Du siehst sie nicht richtig. In ihrem Gesicht sind alle Straßen der Erde verzeichnet.“

„Der Schmutz von allen Straßen liegt darauf.“

„Nein, die Wege des Lebens liegen darauf.“

„Du hast merkwürdige Augen“, sagte ich verdrossen.

„Ich sage dir, sie ist schön und ehrwürdig“, beharrte er.

Ein kleines Mädchen hob seinen dunkeln Lockenkopf aus dem Schilde der Alten hoch, sah uns an und lächelte, als Hannes winkte.

Da öffnete die Alte die Tür: „Steigt auf“, sagte sie.

Ich zögerte, aber Hannes klappte schon seinen Schirm zusammen, so flüchteten wir denn hinein und saßen nun auf einer Kiste, der Alten gegenüber. Ein halb Dutzend Kinder hatte neugierig vor und zwischen uns; schamlos und gelb, aber alle mit funkelnbein braunschwarzen Augen.

Hannes war glücklich und streichelte ihre Köpfe, die Alte lächelte. So schaukelten wir gemächlich weiter.

Ein dicker Mann mit schwarzem Krausbart sah am vorderen Fenster und führte die Zügel. Er hatte uns nur beim Einsteigen einen Blick zugeworfen und ein Wort gerufen, das ich nicht verstand; sonst kümmerte er sich nicht um uns und bogte nur die Lippen und zufrieden da. Eine Frau sah neben ihm, ihr Kind an der Brust — unendlich viel Kinder waren da.

„Ich sah dich neben der Tür, froh, daß ich nicht zu laufen brauchte, aber angewidert von dem engen, vollgepflanzten Raum, und sah hinaus, als ich plötzlich vor einer eigentümlich tiefen Stimme ein ungeduldiges Wort hörte. Ich verstand es nicht, fühlte aber, daß es an mich gerichtet war.“

„Ich sah auf ein halbwüchsiges Mädchen stand da, hielt mir eine Schale Kaffee vor und stampfte mit dem nackten Fuße auf, als ich nicht sofort zulagte.“

„Er ist gut — trink nur“, sagte Hannes, aber ich schüttelte den Kopf.“

Da schleuderte das Mädchen mit einer heftigen Bewegung die Flüssigkeit durchs offene Fenster und sah mich zornfunkelnd an. Es war noch ein halbes Kind, der braune Rock reichte ihr kaum über die nackten Knie; das bunte Hemd war ihm bei dem jähen Wurf von der rechten Schulter geplatzt, die schmal und fein in einem dunkeln Gelb schimmerte, ebenso wie die nur halbbedeckte Brust. So stand es, vorangeht und mit leuchtendem Mund, aus dem die kleinen weißen Zähne hervorblinnten, wie ein pflanzendes Kästchen, schön und geschmeidig, und seine Augen sprühten.

„Was machst du denn?“ rief Hannes erschrocken. „Ich sah, daß ich es tödlich beleidigt hatte, wollte es wieder gut machen und hob den Arm, um es begütigend die Wangen zu klopfen.“

Aber blitzschnell hobte es meine Hand und sah heftig hinein, gerade als Hannes ihm sagte: „Er ist noch krank.“

„O — Sabusch!“ rief die Alte und sprudelte einen Schwall von fremden Worten zu dem Mädchen hin, das im Augenblick ganz verändert, erschrocken und hilflos stand. Wütlich, als ob es aus einem Traum erwachte, harrete es mir ins Gesicht, dann sprang es zurück und brachte Wasser, um die kleine Wunde auszuwaschen.“

Endlich hob es meine Hand an seine Lippen, laugte das Blut aus und sah mir dabei über die Hand hinweg unverwandt in die Augen mit einem so seltsam zwingenden Ausdruck, daß mir der Kopf davon schwer wurde.“

Obwohl sicher nur wenige Tropfen aus der winzigen Wunde kamen, war es mir doch unter der merkwürdigen Kraft dieses dunkeln und unbeweglichen Blickes, als ströme alles Blut meiner Adern zu ihm hinüber und als jöge nun ein leerer Raum in mir meinen Körper schmerzhaft zusammen. Aber eine seltsame Konne überläubte den Schmerz und ließ mich unbeweglich hinstehen. Stundlang, so empfand ich, hatte sein Blick mich ausgelesen, waren unsere Körper auf geheimnisvolle Weise ineinander vermischt, als endlich die Alte meine Hand vom Munde des Mädchens wegriß, um sie mit einem Streifen Linnen zu verbinden.“

Dabei hielt sie einen Augenblick inne, verfolgte aufmerksam die Linien meiner Handfläche und schüttelte ernst den Kopf.

„Was steht da geschrieben, Mutter?“ fragte Hannes.

„Nichts“, sagte sie kurz. Dann, als sie den Streifen festband, murmelte sie unverständliche Worte.“

Das Mädchen hatte ihr zugesehen, trat jetzt zurück und lehnte sich im dunkeln Wagen mit untergeschlagenen Armen gegen die Wand. „Ich fühlte aber, daß es mich unverwandt ansah.“

Fortsetzung folgt

Die große Sensation im Biophon.

Das Tagebuch einer unglücklichen Frau.

Der Weg einer gefallenen Frau zurück zu einem achtbaren Leben ist fast immer unmöglich.

Die Hexe. Tiefgreifendes Lebensbildnis in 5 spannend. Akten. **Boxer als Schutzengel.** Urfeiles Lustspiel in 2 Akten.
 Anfang Sonntags pünktlich 3 1/2 Uhr. Wederntags 4 1/4 Uhr. **Erstklassige Orchesterbegleitung.** Frühes Kommen sichert Platz. (289)

Besuchen Sie uns bitte
 an unserem Stande auf der

Ausstellung
 Marmorsäle

Kahlbaum

Deutscher
 Verkehrsband
 Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung
 der (281)
 Gaudienner, Fenster-
 rücker, Nachschreibern
 und Holzwärterinnen
 am Montag, d. 9. April
 abends 8 Uhr.
 im Gewerkschaftshaus.
 Tagesordnung:
 Innere Verbands-
 angelegenheiten.
 Die Ortsverwaltung.

Zeitungsbes. d.
 Ged. Sonnab. u. Sonnt.
 Dr. Schepers.

Kaufkraft

Einmaliges Angebot für die Schule

Schreibhefte mit doppelter Liniaur	200-	Schiefertafeln	1700-
Schreibhefte mit einfacher Liniaur	250-	Zeichenblock K II 880-KI	650-

Lindenhof
 Israelsdorf

Morgen
 Sonntag
 Anfang 4 Uhr
**Sanz-
 festlichkeit.**

Erster
Fischerbuden
 Sonntag
 das beliebte Nach-
 mittags-Konzert
 mit Tanzeinlagen

Café Bernhardt
 Fackenburg Allee 9.
 Täglich nachm. Konzert.
 176) u. abds.: Konzert.

Café Astoria
 Holstenstr. 26.
 Täglich humoristisches
 Künstler-Konzert.
 Robert Roberti (169)
 Orig. amerik. Jazzband.

Fledermaus
 Sonntags: Anfang 4 Uhr
 nachmittags und 8 Uhr
 abends. (171)

Konditorei
 Königsstraße 26.
 Täglich:
Künstler-Konzert.
 Während der Gastwirts-
 messe von 11 1/2-12 1/2 Uhr
 Täglich Fleischbröte mit Pasteten.

Norddeutsche Fach- und Industrie-Ausstellung

für Hotel- u. Gastwirtsgewerbe, Volksernährung usw.
 vom 7. bis 12. April (205)
 in Lübeck, Marmor-Säle, Katharinentirche u. Katharineum-Turnhalle.
 Täglich geöffnet von 9 1/2-6 1/2 Uhr. Eintritt 500 Mt.
 Ab 4 Uhr: Künstler-Konzert im Restaurant der Marmor-Säle.

In der
 Katharinen-
 kirche
 finden Sie die Ausstellung
 des Spezialbundes für
**Ofen
 Herde**
 Wand- und
 Fußbodenplatten.
 Adolf Borgfeldt,
 26a) Wilsenstr. 33-44

Kolossium

Morgen Sonntag
Gross-Ball
 Kassenöffnung 5 Uhr. (247)
 Joh. und R. Mittag.

Heute Neu-Eröffnung
 Café, Wein- und Bierstuben
Reuterkrug
 neben Sanjatheater.
 Täglich: Baer-Koch-Konzerte.
 Spezial-Ansicht der Aktienbrauerei.
 Fernsprecher 384. (214) Hans Justin.

Generalversammlung

der
 Gemeinnützigen Arbeitsgenossenschaft
 „Lübeck“, eingetr. Genossenschaft m. b. H.
 am Mittwoch dem 18. April 1928, abends 7 1/2 Uhr
 im Gewerkschaftshaus. (280)

Tagesordnung:
 1. a) Geschäftsbericht, b) Genehmigung der Bilanz,
 c) Entlastung des Vorstandes.
 2. Verteilung der Gütübrigung.
 3. Entschlüsse zum Aufsichtsrat.
 4. Beschlussfassung über Umwandlung der Genossen-
 schaft in eine Gesellschaft.
 5. Statutenänderung § 48. Der Vorstand.

„**OPERA**“
 Täglich (288)
 abends 8 Uhr:
**Kabarett
 Tanz**
 Neue Kapelle!
 Original-Jazz-
 Band-Einlagen.

Umweigen,
 die in der an dem
 betr. Tage erschei-
 nenden Nummer des
Süder Volksboten
 veröffentlicht wer-
 den sollen, müssen
 bis 10 Uhr vormit-
 tags
 in unserer Geschäfts-
 stelle aufgegeben
 sein; größere Anzei-
 gen erbiten wir tag-
 weise vorher.
 Die Geschäfts-
 stelle des
**Lübecker Volks-
 boten**
 Reichensstr. 46.

Unsere nur erhaltenden, allgemein eingeführten u.
 nachweislich tauglichen freien, glänzend begutacht.
Bettstellen
 aus Metall für Er-
 wachsene u. Kinder.
 Stahlmatten, Bolster, Decken, Federbetten liefern
 wir gratis durch ein Private zu geringsten
 Preisen und Bedingungen. Katalog 42 U frei.
 Eisenmöbelfabrik Suhl (Zür.) (186)

Höchste Preise
 für Gummi, Eisen, Metalle, Pa-
 pier, Felle, Flaschen u. Tierhaare
 erhalten Sie bei J. Pickler
Agidienstraße 71

Moislinger Baum Direkte End-
 station d. Linie 9.
 Morgen Sonntag, Anf. 4 Uhr vornehmes
 Tanzkränzchen unter Mitwirkung mehrerer
 erster Tanz- u. Vortragskünstler. Mod. Tänze.
 Künstlerkapelle. Kapellm. K. Stahl. Prima
 Pianosoliste u. Sänger. Angen. Familien-
 restaurant. Rud. Jäde. Für Vereinsfestlich-
 keiten jeglicher Art halte ich meine Lokalität
 bestens empfohlen. D. D. 242

Gewerkschaftshaus

Morgen Sonntag, den 8. April:
Großer Ball
 unter Mithilfe des Harmonika-Klubs
 „Harmonia“.
 Anfang 5 Uhr. (223) Das Komitee.

Kolossium

Gr. Frühlingsball
 d. Kraftsportvereins „Atlas“ v. 1896
 am Sonntag, 8. April
 Anfang 5 Uhr. Ende ???
 184 Der Reichensstr.

Hölershorst Jeden Sonntag
 Hof. 6 II. Gmt. Fr. (222)

Konzert- und Ballhaus „Flora“
 Morgen
 Sonntag
BALL.
 Anfang 6 Uhr. 240

Zentral-Theater

Fernruf 1359 Johannisstr. 25
 Nur noch bis Montag:
Maciste
 und die Tochter des Silberkönigs
 6 schwungvolle Akte.
Maciste, der italienische Herkules,
 wurde durch seine originellen und hu-
 moristischen Kraftleistungen in der Film-
 welt schnell berühmt. Er ist ein ge-
 wandter Darsteller mit guten Manieren.
Maciste wird als Heizer mit der
 Tochter des Silberkönigs bekannt, voll-
 bringt Preisleistungen unter Lebens-
 gefahr, stürzt Barrisaden und erreicht
 als falscher Fürst — — — — —

1. **Gräber, die sich öffnen.**
 Hauptdarsteller: E. Chione. 5 Akte.

2. **Jeffs Originallibee.**
 Einakter. (143)
 Sonntag:
Gr. Kindervorstellung.

Santa-Theater.
 Täglich (196)
 7 1/2 Uhr abends:
 Der durchsicht. Erfolg
Die Siegerin.
 Große historische Operette
 in 3 Akten
 nach der Musik von
 Lichatowetz.
 Hauptrollen: Niemz,
 Witt, Raven, Schädler,
 Ziegler, Dir. Erasmi.

Stadttheater Lübeck
 Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
 16. Ab-Worst. Notre
 Dame. (203)

Sonntag, 11 Uhr: Sinfoniekonzert.
 3 Uhr: V.-V. Weber.
 7 1/2 Uhr: Carmen.
 Gaudspiel von Hanka
 v. Ferentzi vom Stadt-
 theater Magdeburg.

Montag, 7 1/2 Uhr:
 7. Sinfoniekonzert.
 Solist und Dirigent
 Edwin Fischer.

Dienstag, 7 1/2 Uhr: Ab.
 E. Improvisationen
 im Juni.
 Für die Nachzahlungen
 der Sinfoniekonzerte und
 Proben ist die Theater-
 kasse ausnahmsweise am
 Sonnabend von 4 bis 6
 Uhr geöffnet.

Zidellente
 Markt, 10. Robert (183)
 Schönes Frühstück
 Zimmermann, Gönner 24

Für die
 wichtige Wiedergabe
telephonisch
 übermündeter Anzeigen
 übernehmen wir keine
 Gewähr. Fehlerhafte,
 und diesen Wege be-
 stellte Anzeigen gehen
 zu Lasten des
 Bestellers.
 Die Geschäftsstelle des
Lübecker Volksboten

**Geschäftsbücher
 Schreibblocks
 Rechnungsbücher
 Quittungsbücher
 Kuverts
 Klebemarken
 Garderobenblocks
 Kellnerbonsbücher
 Tinte, rot u. schwarz
 Leim, gute Qualität
 Bleistifte, Kopierstifte
 Federn, Federhalter**
 zu haben in der (14907)
**Buchhandlung
 Lübecker Volksbote.**

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 7. April.

Waterlandslose Gesellen.

Geht wieder einer gegen euch die Hand Und spricht, ihr Armen habt kein Vaterland, So steht doch auf und fragt ihn einmal frei, Was unser Deutschland für den Reichen sei!

Ist es das Land, das er mit Arbeit schmückt, Des Ehre ihn erfreut, des Leid ihn drückt? Ist es das Land das er im Herzen liebt, Für das er buhlet und für das er gibt?

Ist es die Heimat, seines Volkes Herd? Das Land der Brüder, die er treulich ehrt? Ja steh doch eiter auf und frag ihn frei, Ob so dem Reichen unser Deutschland sei!

Und nicht das Land, in dem er Säcke rafft? Und nicht das Volk, das mühsam für ihn schafft? Nicht deutsch, nicht Heimat, nur ein feines Welt, So feil, wie alles, um sein schönes Geld!

Ludwig Thoma.

Die Technische Hochschulwoche

wird am Sonntag vormittag 11 1/2 Uhr in der Aula des Johanneums eröffnet. Hervorragende Gelehrte werden uns aus ihren Wissenszweigen einen Einblick in das Schaffen der Natur und den Erfindungsgeist der Menschen geben. Deutschland als Industriestaat ist auf höchstes technisches Können im Weltwirtschafts- und Weltkonkurrenzbetrieb angewiesen. Lübeck selbst hat sich in dem letzten Jahrzehnt neben seinem Handel und seiner Schifffahrt zur Industriestadt entwickelt. Wer irgendwie mit dieser Technik in Verbindung steht und Sinn für das Wirtschaftsgetriebe besitzt, hat also ein großes Interesse daran, die Vorträge zu besuchen und sein Wissen zu bereichern. Es wird sich selten Gelegenheit finden, eine solche Verbindung mit dem Lebensmoment unserer Wirtschaft einzugehen. Deshalb muß die Stunde genutzt werden. Jeder wird Vorteil aus dem Gehörten schöpfen.

Von der Cutin-Lübecker Eisenbahn.

Die Cutin-Lübecker Eisenbahn sieht am 10. April auf ein 50jähriges Bestehen zurück. Sie ist von der im Jahre 1870 gegründeten Aktiengesellschaft als Privatbahn erbaut worden, um die ostholsteinischen Linien der ehemaligen Altona-Kieler Eisenbahngesellschaft an das lübeckische und mecklenburgische Bahnnetz anzuschließen und durch diese mit den Hauptverkehrsstraßen des nördlichen und südlichen Deutschlands in unmittelbare Verbindung zu bringen. Die auf die Bahnverbindung zwischen Cutin und Lübeck gerichteten Bestrebungen lassen sich bis in die vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts verfolgen, fanden aber erst mit dem Ausbau der am 1. Juni 1866 eröffneten Bahn Neumünster-Altheberg-Neustadt lebhafteres Interesse und Unterstützung der lübeckischen und ostholsteinischen Regierung. Trotzdem die ostholsteinischen Bahnen nicht den auf sie gesetzten Erwartungen entsprachen und damit der Anreiz, eine Eisenbahn Cutin-Lübeck finanziell zu unterstützen, nachließ, erlahmte das Interesse an der Bahn weder bei dem dafür werbenden Komitee noch bei den Regierungen. Aber erst 1870 war die Gründung des Unternehmens gesichert und wurde auf Grund der dem Bankhaus von Erlanger u. Söhne in Frankfurt a. M. erteilten Konzession die Aktiengesellschaft unter der Firma Cutin-Lübecker Eisenbahngesellschaft errichtet. Die planmäßige Herstellung der gesamten Bahnanlage wurde dann für die konzessionierte Anschlagsumme von 1.800.000 M. ausgeführt. Die Betriebseröffnung der 33 Kilometer langen Hauptbahn von Cutin nach Lübeck fand am 10. April 1873, die spätere der 7,86 Kilometer langen Nebenbahn von Glesendorf nach Ahrenshoop am 10. Mai 1886 statt. Vor der Gesamtlänge von 40,86 Kilometer, von der die Strecke zwischen Bad Schwartau und Lübeck 1908 zweigleisig ausgebaut ist, liegen auf

dem Gebiete des Landesteils Lübeck (oldenburgisch) 35,78 Kilometer und auf dem Gebiete des Freistaates Lübeck 5,08 Kilometer. Das Anlagekapital der Gesellschaft bestand aus einem Aktienkapital von 800.000 M. und aus einer zunächst mit 5 Prozent, seit 1882 mit 4 Prozent jährlich zu verzinsenden und mit 1/2 Prozent jährlich zu tilgenden Prioritätsanleihe im Betrage von 1.000.000 M. Zur Sicherung der Verzinsung und der Tilgung dieser Prioritätsanleihe haben die beiderseitigen Regierungen nach Maßgabe der Konzessionsbedingungen jede zur Hälfte die Garantie übernommen. Spätere Erweiterungen der Bahnanlagen und Bahneinrichtungen machten dann noch die Aufnahme weiterer Anleihen nötig, so daß jetzt das ganze Anlagekapital mit 6.176.300 Mark zu Buch steht.

Die Bahn eröffnete ihren Betrieb mit vier Tenderlokomotiven, 16 Personenwagen, 3 Gepäckwagen und 52 Güterwagen. Diese Betriebsmittel sind bis 1923 angewachsen nach Ausschneiden des unbrauchbar gewordenen Materials auf 15 Lokomotiven, 47 Personenwagen, 8 Gepäckwagen und 129 Güterwagen.

Während im Jahre 1873 162.513 Personen, 1842 Tonnen Güter und 4184 Tiere befördert wurden, liegen diese Zahlen im Jahre 1912 auf 1.188.102 Personen, 227.166 Tonnen Güter und 65.114 Tiere und erhöhten sich 1921 trotz der Wirtschaftsstörungen im ganzen Reiche auf 1.498.649 Personen, 299.697 Tonnen Güter, bei Abnahme der Tiere auf 17.261 Stück.

Der Verkehr ist während der 50jährigen Betriebsführung wenig unterbrochen worden, Betriebsstörungen haben ohne nennenswerten Schaden nur vereinzelt stattgefunden. Der Hochwassergefahr von der Trave ist durch die Verlegung des Bahnkörpers zwischen Bad Schwartau und Lübeck im Jahre 1908 nachträglich begegnet worden.

Die im Betriebe angestellten Beamten, Angestellten und Arbeiter begiffen sich auf 237 Köpfe, für deren Alter durch eine Ruhegehalts-, Witwen- und Waisenrente gesorgt ist. (Dieser Begriff ist etwas dehnungsfähig. Red.) Durch die Jubiläumstiftung in beträchtlicher Höhe ist jetzt außerdem ein Unterstützungsfonds für besondere Fälle geschaffen worden.

Die an die Bahn geknüpften Erwartungen haben sich nach jeder Richtung erfüllt. Der Landesteil Lübeck verdankt ihr in erster Linie seinen wirtschaftlichen Aufschwung, dem Freistaat Lübeck ist sie ein beachtenswerter Zubringer zur Hebung und Stärkung seiner Handelsinteressen geworden. Die beiderseitigen Regierungen haben daher das größte Interesse an einer gedeihlichen Weiterentwicklung der Bahn und werden ihr auch fernerhin sicherlich die wirksamste Unterstützung angedeihen lassen.

Die Cutin-Lübecker Eisenbahn teilt das Schicksal der übrigen Privatbahnen. Das Kapital reicht nicht aus und auch hier wird vielleicht eine Erhöhung des Aktienkapitals in Frage kommen müssen.

Fischfang und Fischprelle.

Es handelt sich diesmal nicht um grüne Heringe, die am Freitag morgen an der Trave um 400 M., von einem 100 Meter entfernten Händler um 350 M. und in der Markthalle um 320 M. verkauft wurden. Es handelt sich um die Hochseefischerei, die ebenfalls klagt, daß sie mit den Preisen nicht auskomme. Wie uns aus Berlin geschrieben wird, hat eine amtliche Nachprüfung ergeben, daß unter der gegenwärtigen Spannung zwischen Preis und Produktionskosten Rückgang der Produktion, Stilllegung eines Teiles der Betriebe und Arbeitslosigkeit unter der Befahrung der Fischdampfer unvermeidlich werden. Ein Teil der Fischdampfer, die Heringe aus Norwegen holten, hat bereits den Betrieb eingestellt. Die Hochseefischerei ist jetzt nur noch auf englische Kohle angewiesen, und deshalb wird der Preisabbau bei der deutschen Kohle auf die Produktionskosten der Hochseefischerei keinen direkten Einfluß haben. Der indirekte Einfluß über die Frachtpreise wird vermutlich zu spät für die Hochseefischerei zur Geltung kommen; denn die Höchstzahl der Islandreisen und das Höchstquantum der Fänge fallen gewöhnlich auf die Monate April und Mai. Die Frachtpreise sind gegenüber den gesunkenen Preisen heute beträchtlich. Der jetzige Fischpreis deckt wohl die Kohlepfeise, nicht aber Löhne, Oel und dergl. Dazu kommt, daß der Absatz ins Ruhrgebiet infolge der Belegung dieses Jahr fast ganz ausgefallen ist. Die Verkehrsstörungen schaffen ein zu großes Risiko und die Versicherungsgesellschaften wollen sich nicht auf die Versicherung von Fischmagazinen für das Ruhrgebiet einlassen. Uebrigens fehlt die Wärme jetzt ein, die einen weiteren Rückgang der Nachfrage bringen muß. Aus all diesen Gründen wird eine vorübergehende Frei-

gabe der Ausfuhr über die trockenen Grenzen sich nicht vermeiden lassen, wenn nicht die Produktion der Hochseefischerei einer starken Einschränkung unterliegen soll. Das wäre aber bei der infolge der Kleinfischereiarbeit steigenden Bedeutung der Versorgung der Bevölkerung mit Fisch wenig zweckmäßig. Für die Sicherung des inländischen Bedarfs soll insofern gesorgt werden, als die Hochseefischerei unter Konventionalkontrakten verpflichtet werden soll, ausreichende Fischmengen dem inländischen Verbrauch zuzuführen.

Der Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs hat auch im Jahre 1922 mit Erfolg seine Aufgaben erledigt. An den offiziellen Fremdenführungen nahmen 1453 Personen teil und außer ihnen wurden auch die hier an Loangonen teilnehmenden Fremden durch Mitglieder des Vereins mit unserm Sehenswürdigkeiten bekannt gemacht. Den St.-Petri-Ausfluchtsturm bekleideten 11500 Personen, und Ausflucht wurde im Umfange der früheren Jahre von Hiesigen und Fremden in der Geschäftsstelle, Monströke 4, erbeten und erteilt. Der Herausgabe von Führern durch Lübeck und seine Sehenswürdigkeiten war auch in diesem Jahre die größte Sorgfalt gewidmet. Leider stellen die fast unerschwinglich hohen Kosten für Druck und Papier an die Finanzkraft des Vereins so außerordentliche Anforderungen, daß es, trotzdem fast alle Vereinsarbeit ehrenamtlich geleistet wird, im Berichtsjahre nur möglich war, den Katalogführer neu herauszubringen. Da auch die ständig besetzte Wandertafel vollständig vergriffen ist und von dem aroher Führer durch Lübeck, mit Zeichnungen von Uebelohde, nur noch wenige Exemplare vorhanden sind, so set ovch an dieser Stelle der vor kurzer Zeit an weitläufige Kreise der Bevölkerung gerichtete Aufruf zur Zeichnung von Beiträgen märmstens unterstützt. — Anlässlich der Feier des 25jährigen Bestehens am 18. Juli 1922 wurde auf Lübecks Anregung der Deutsch-Nordische Verkehrsverband neu wieder ins Leben gerufen.

Den Dieben ist nichts heilig. Zum Zusammenstoß des Hamburg-Lübecker Zuges mit einem Luftstrafwagen bei Oldesloe berichtet der „Oldesloe Landbote“ noch folgendes: Ein trauriges Zeichen der Zeit konnte wieder einmal bei dieser Gelegenheit beobachtet werden. Als Reisende des nach Lübeck fahrenden Zuges merkten, daß ein Zusammenstoß mit dem Luftzug erfolgt war und die Güter des Luftzuges verstreut umherlagen, klagen sie aus und riefen an sich, was sie kriegen konnten. Sie sollten jedoch nicht weit mit ihrer Beute kommen, denn auf eine telefonische Meldung nach Lübeck wurde dort der Zug überholt und das Diebesgut wieder zutage gefördert.

Die Lübecker Feuerungszeit für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung beträgt nach der Berechnung des Statistischen Landesamtes am 4. April ds. Js. 221.384 Mark und die Lebenshaltungsziffer (1913/14 = 100) 274.943, also das 2749fache der Vorkriegszeit. Die Ziffer ist gegenüber der Vormoche wieder um 0,9 Prozent gestiegen, bleibt aber noch 1,1 Prozent unter dem März-Durchschnitt.

Gewerbetammer. In den Abteilungs-Sitzungen der Gewerbetammer wurden gewählt in den Vorstand der Handwerksabteilung: Klempnermeister Georg Thode als Vorsitzender u. Malermeister C. Heinsch als stellvertretender Vorsitzender. In den Vorstand der Industrieabteilung wurden gewählt: Ingenieur und Fabrikant Gustav Schetelig als Vorsitzender und Fabrikdirektor Heinrich Thiel als stellv. Vorsitzender. Den Vorsitz in der Gewerbetammer führt bis Ende März 1923 Georg Thode, sein Stellvertreter ist Gustav Schetelig.

Postalisches. Erfahrungsgemäß werden vielfach noch Zahlkarten und Postanweisungen mit Postwertzeichen beklebt, an den Postannahmestellen eingeklebert. Es sei daher darauf hingewiesen, daß seit dem 1. März ds. Js. die beiden genannten Arten von Postsendungen nicht mehr durch Aufkleben von Freimarken frei zu machen sind. Die Freigebühr wird von Annahmehelfern erhoben und besonders vereinnahmt.

Immer daran denken muß die praktische Hausfrau, daß es zum Färben von Kleidern, Blusen, Gardinen usw. nichts Besseres gibt, als die weltberühmten „Seimanns' Farben“, Marke „Fuchsfuß im Stern“. (191)

Argentinien. — Brasilien.

Einwanderer.

Folgende tragikomische Skizze enthält das „Hamb. Echo“ von einem Deutschen in Argentinien:

Es ist hier allgemein bekannt, daß besonders unsere Landsleute, durch wahrhaftige Reisebeschreibungen verleitet, die fixe Idee hegen, daß man sich zu Reisen und Ausflügen verschiedenen Charakters immer ganz eigenartig zu verhalten habe. Deutsche Amerikareisende haben demgemäß, von dieser Idee befangen, unter allzu detaillierter Reisevorbereitung an ihrem äußeren Menschen Schaden gelitten. So sah man denn diese braven „Pioniere der Kultur“ mit Adler- und Kondorfallen, Laßos, Angelzugen, Schneeschuhen, Galibooten, Kufschuhen, Wadenstrümpfen, Arsenalen von Waffen und Sätteln, Reitshosen und Spezialschuhwerk, Photopaparaten, optischen Instrumenten, patentierten Boden- und Holzbearbeitungswerkzeugen zu Pallisaden und Festungsbauten als Schutz gegen Ueberfälle der Indianer und in unmöglichen Tropenanjügen mit Helzen in Buenos Aires in der Nähe der Emigranten- und Passagierhotels umherhüpfen, kühnen und entschlossenen Bliedes, bereit zu Straußen- und Lamajagden in Palermo und zu Tiger- und Indianerkämpfen in der „Boca“. Die Buenos-Aires-Bahn dieser Nimrode vor dem Herrn in sonderbaren grünen Hüthen mit Zwirnsfädenstrümpfen (warum haben eigentlich die Deutschen eine solche intensive Vorliebe für kleine, grüne Minia-kurzhüthen?) zerfiel dann in etwa vier Etappen.

Erste Etappe. Stolz strammer Spaziergang in Tropenausrüstung auf der Hauptstraße bei 0 Grad Wintertemperatur oder im Sommer bei 34 Grad Hitze in langgeschwänztem Gehrock oder Lodenanzug zum freudigsten Erlaunen der elegant gekleideten Hiesigen. Nun folgten Investigationen der Anfielungs- und Urbarmachungsmöglichkeiten, allerdings nur allergrößten Stills, abwechselnd mit Projekten zur Hebung des paraguayischen Papieregelbturnes, der See- und Binnenfischerei, Bewässerung der Pampa und Erschließung der noch schlummernden Bodenschätze. Sie erteilen allen gebührenden deutschsprachigen Argentinienstatis Auskunfts und Beratung über die Vorteile der von ihnen zu leistenden und zu organisierenden Unternehmungen und besitzen eine grenzenlose Mißachtung für die hier bestehenden Sagen und Einrichtungen, die mit schneidiger Garbenoffiziersstimme im Brustton der Ueberzeugung vorgetragen wird.

Zweite Etappe. Nach Bezahlung der ersten Hotelrechnung ist bereits ein dem Sanften sich zuneigender Tonfall der Kommandostimme wahrnehmbar, der sich der sympathischen Sprechweise der anderen, allerdings gänzlich unbedeutenden Mitbewoh-

ner der Erdkugel etwas nähert. Die herrlichen Wachtparaden werden nun durch solche in beschleunigtem Tempo nach dem Verein zum Schutze germanischer Einwanderer in einer weniger eleganten Gegend verlegt, wobei bereits manche Arbeitsgelegenheit als hoher Angestellter, jedoch immer noch als selbständiger Leiter der verschiedensten Unternehmen in Betracht gezogen werden. Freilich schweben Germaniens Söhnen noch immer kühne Ritte auf feurigen Rossen um ein „Herrenhaus fern in der Pampa, von schattigen Ombus umgeben, vor. Zu dieser Zeit ist der Neuling so weit vorgeschritten, sich seine spärliche Wolle von der „Deutschen La Plata-Zeitung“ scheren zu lassen, die dann zu Anzeigen von oft verblüffendem Wortlaut verponnen wird. „Intelligenter junger Deutscher, von elegantem, feinem Auftreten, großer, schlanker Statur, aus bester Familie und reichster Lebenserfahrung, musikalisch gebildet, in den größten Betrieben Deutschlands als leitender Direktor (oder Abteilungschef) tätig gewesen, lundt ujm.“ oder „Gebildeter junger Kaufmann, gewandtes Auftreten, theoretisch und praktisch ausgebildet, spielt Geige und Klavier, sucht Dauerstellung. Kann auch Schweine besorgen“ ujm. Bei einer etwaigen Vorstellung veräußert er durch pistolenkühn-artiges Zusammenklappen seiner hinteren „Hagen“, das Argentinier jedesmal besorgt zusammenfahren läßt, die allgemeine Aufmerksamkeit auf seine Strammheit zu lenken.

Dritte Etappe. Die Spaziergänge finden ein wenig weiter in der „Altstadt“ in sehr verdächtiger Nähe der An- und Verkaufsgeschäfte Flug und fühl rechnender Semiten statt, was auf eine neue, eventuell zwangsweise Liquidierung der Hotelrechnung deutet. Nun aber heben die Zeitungsanzeigen von dramatischem Ton und verklingen in Mollakkorden: „Ersther junger Mann, der sich vor keiner Arbeit scheut, sucht bescheidene Stellung ohne Ansprüche als Hauslehrer, Rückenpeon, Klavierspieler, Tellerwäscher, Kellner, Mucama.“ Das angeborene kommerzielle Talent jedoch kommt bei dem „vielversprechenden“ Vaterländer in schwingungsvollen Verkaufsanzeigen über äußerst billig zu habende Grads, Smokings, Reitshosen (der Massenverkauf dieser Unausprechlichen soll hier die Gründung des Reitvereins als unerwünschte Folge gezeitigt und so den Sonntagstreibern einen „hehren“ Platz geschaffen haben), Kameras ujm. zum Ausdruck.

Vierte und letzte Etappe. Nach glänzendem Verkauf der „Ausstellungen“ findet dann gewöhnlich der Umzug ins „Parkhotel“, in die „Bantgegen“ statt, und da stand nun „Herzules am Scheidewege“. Der eine davon führt zu den Schiffen zwecks Annäherung als Admiral oder Kohlenoffizier an Bord irgend eines Dampfers und der andere führt zu der erlesenen „Leiter“-Stellung ins Kamp hinaus zum Zwecke des Sprach-

studiums. „Ohne Spanisch kein Erfolg.“ Damit werden die Sorgen auf die Schulter des Arbeitgebers geladen und man arbeitet dann als Peon-Maisshader ujm.

Geeignetes Brasilien.

Zu den Ausführungen, die wir kürzlich über die Lebensverhältnisse in Brasilien veröffentlichten, schreibt der brasilianische Gesandte in Berlin, Guerra-Duval, das Folgende:

„Mir fällt vor allem auf, daß in dem Artikel die Rasse, welche Brasilien bewohnt, von den Deutschen als minderwertig (rasenminderwertig) betrachtet wird, und ich glaube, daß alle Enttäuschungen, über die sich die berichterstattenden Auswanderer klagen, auf eben diese Einstellung Brasiliens gegenüber zurückzuführen sind. Nach dem Kriege, den wir nun schon lange hinter uns haben, und nach dem Frieden, den wir jetzt genießen, ist der Standpunkt der Völker Nord- und Südamerikas sicherlich anders und vielleicht nicht unhaltbar. In jedem Falle sind diejenigen Auswanderer, die nach Brasilien kommen und diesem Lande die Ueberlegenheit der europäischen Rasse begreiflich zu machen suchen, in einem Traum befangen, aus dem das Erwachen nicht anders als schmerzhaft sein kann. Es ist auch nötig, einige Irrtümer richtigzustellen. Brasilien suchte niemals eine Einwanderung von anderen Ständen als von Landarbeitern zu begünstigen. Was sonst an Arbeitern dahin auswanderte, handelte aus eigenem Antriebe, vielfach unter Täuschung der entsprechenden Aufsichtsbehörden. Die Angabe, daß die Lebenshaltung in Brasilien eine Leutung erfahren hat, trifft zu; aber ebenso richtig ist die Tatsache, daß die Preiserhöhung dort sich in engeren Grenzen bewegte als in irgend einem Lande Europas. Was die Sicherheit und die Schutzvorrichtungen für Arbeiter anbelangen, so ist es damit in keinem Lande besser bestellt als in Brasilien, wo eine obligatorische Versicherung für Fabrikarbeiter und ein Patronat Agricola (Landwirtschaftliches Patronat) besteht, das den Arbeitern kostenlose Rechtsberatung, ebenso auch alle Schutzmaßnahmen bei Streitigkeiten mit den Arbeitgebern gewährt. Nicht nur in den Staaten Minas und Espírito Santo ist die Arbeit organisiert, sondern auch in allen anderen Staaten, insbesondere in denen des Südens, wohin die Einwandererströme sich ergießen, find musterzügliche Einrichtungen für Arbeiterunterstützung und Stellenvermittlung vorhanden. Brasilien bereitet Ausländern stets die großzügigste Aufnahme, und die Verfassung gewährleistet ihnen im allgemeinen die gleichen Rechte wie den Brasilianern selbst. Mehrere Millionen Einwanderer, darunter 500.000 Deutsche, leben dort glücklich und tragen zum Gedeihen des Staates bei, der ihnen ein zweites Vaterland geworden ist.“

Schweidisch-Deutscher Flugverkehr. Ab 26. April d. J. wird eine ständige Flugverbindung zwischen Hamburg-Kiel-Malmö durch eine schwedisch-deutsche Gesellschaft begonnen werden.

Im Schaufenster der Kunsthandlung Ludwig Müller, Mühlenstraße, hat der bekannte einheimische Maler W. Rosafis eine Anzahl Gemälde und Zeichnungen ausgestellt, die lebhaftes Interesse erwecken. Kunstinteressenten seien darauf besonders aufmerksam gemacht.

Hinweise auf Verammlungen, Theater usw.

Wohlfühlklub des Stadttheaters. Sonntag 11 Uhr: Öffentliche Hauptprobe zum Sinfonieconcert. 3 Uhr: Vorstellung für die Volksbühne: Medea. 7.30 Uhr: Carmen, Gaißpiel von Jonta von Jernst vom Stadttheater Magdeburg. Montag: 7. Sinfonieconcert. Dienstag: Improvisationen im Jun., 34. Volk. i. Dienstag-Ab. Volk. B. Mittwoch: Notre Dame, 34. Volk. i. Mittwoch-Ab. Volk. B. Nachvorstellung: Einmaliges Gaißpiel von Thekla West vom Stadttheater Leipzig in „Ein Geschlecht“. Donnerstag: Der Mikado, 33. Volk. i. Donnerstag-Abend. Volk. A. Freitag: Professor Bernhardt, 35. Volk. im Freitag-Ab. Volk. C. Sonnabend: Vorstellung für die Volksbühne: Die Meisterhauer von Nürnberg. Sonntag 10 Uhr: Vorstellung für die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Bünde: Maria Magdalena. 2.30 Uhr: 8. Fremden-Vorstellung: Der Prophet. 7.30 Uhr: Der Obersteiger.

Der Vorstand des ADGB, Ortsauschuss Lübeck, ladet die Mitstreiter und Proletenmillion des Lübecker Volksboten zu Montag, den 9. d. M., abends 7 Uhr, zu einer wichtigen Besprechung im Gewerkschaftshaus ein. Das Erscheinen aller Mitglieder dieser Körperschaften ist unbedingt erforderlich.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Mittwoch abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus Verammlung des Ortsauschusses und der Gewerkschaftsvorstände. Wir bitten, diesen Tag freizuhalten.

Konradi-Weitner-Gaißpiel. Heute abends 8 Uhr findet im Gewerkschaftshaus ein Experimentalkonzert Konradi-Weitners mit dem Programm: Zwei Stunden im Banne indischer Phantomkunst statt.

Santa-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr abends „Die Siegerin“ (Katharina, die Karin), archaische historische Operette in 3 Akten nach der Musik von Tschaikowskaja.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Der kräftige Volkshewil Das „Geh“ schreibt: Vor einiger Zeit wurde in der „Hamburger Warte“ durch Jener ein Kinderwagen für einen „deutschnationalen Säugling“ gekauft. Wer da gestand haben sollte, nur den Rechtschaffenen gelang die Produktion politisch abgeschwemmten Nachwuchses, der hat sich schämt. Wir lesen nämlich in der kommunistischen „Volkszeitung“ vom 4. April:

Ein kräftiger Volkshewil geboren. Hugo Sartels und Frau. Oden 1923.

Wie wir dazu erfahren, hat der junge Volkshewil Sartels als erste Aktion nach der Geburt die Milchschleife zerstückelt, danach ein Manifest an die Säuglinge aller Länder erlassen und an seiner Mutter mit der Gabel gehandelt: Den Dammern aufs Auge, das Knie auf die Brust.

Hamburg. Eine große Hamburg-Berliner Diebes- und Hehlhand wurde von der Berliner Kriminalpolizei hinter Gitter und Riegel gebracht. Ein in Hamburg bekannter Hehler namens Senfald leitete dort einen 17 Jahre alten Bureauisten Karl Müller, der bei einer Expedition beschäftigt war, an einen Nachbarn über 5 Kisten mit Koffeln im Werte von einer halben Million zu unterdrücken und ihm zu übergeben. Der Verkauf in Berlin besorgte eine ganze Bande von geliebten Schleppern. Im ganzen wurden bis jetzt sieben Personen festgenommen. Jeder hatte mehrere Millionen aus dem Erbe der in Hamburg verstorbenen Jelle bei sich. — Der Dampferverkehr nach Helgoland wird bis einschließlich 15. Mai wöchentlich einmal durchgeführt und zwar ab Cuxhaven jeden Dienstag, ab Helgoland jeden Donnerstag. Der Fahrpreis beträgt für die einfache Fahrt 6000 Mark.

Kiel. Konflikt mit dem Magistrat. In der letzten Sitzung der Stadtkommission wurde die sozialdemokratische Mehrheit der Stadtratsmitglieder den Antrag des Magistrats auf Genehmigung eines Rotarcts ab. Da der Magistrat die Vorlage annehmend, entstand ein Konflikt. Der sozialdemokratische Rat erklärte, daß die Sozialdemokraten mit dem Magistrat nicht mehr zusammenarbeiten können, da er die Umbenennung der Straßen in der vorliegenden Sitzung ablehnt und auch sonst Wänschen der sozialdemokratischen Mehrheit der Stadtratskommission nicht nachgibt. Für den Ausbau des Nordhafens wurden 400 Millionen Mark nachbezahlt.

Kiel. Gegen die Deutschpolitischen. Die Verbandsmitglieder der D.S.D. nahmen nach einem Vortrag des Genossen Schützinger folgende Resolution an: Die Funktionäre der D.S.D. von Groß-Kiel begrüßen freudig den energischen Kampf, der dem preussischen Janenministerium gegen die deutschpolitische Bewegung geführt wird. Sie erwarten von der Reichsregierung und von den Landesregierungen, daß sie mit Breiten gerade in dieser Zeit den Kampf gegen alle antirepublikanischen

hochverräterischen Verbände aufnehmen. Die D.S.D. wird jede Regierung, die ernstlich den Schutz und die Einheit der demokratischen Republik aufrecht erhält, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen. — Zu Beginn der Verammlung war der Parteibeitrag auf Antrag des Vorstandes auf monatlich 200 Mark für männliche und 50 Mark für weibliche Mitglieder festgelegt worden.

Darburg. Aus einem fahrenden Zuge gefallen ist zwischen Buchholz und Spröbe die sieben Jahre alte Violotte Klinker aus Trebe. Das schwerverletzte Kind ist ins Krankenhaus Röttenburg geschafft worden.

Bremen. Dividendenlegen. Trotzdem darüber geklagt wird, daß unsere Industrie nicht genügend Mittel hat, um ihre Betriebe in der nötigen Weise auszugestatten, werden fortwährend den Aktionären große Zuwendungen gemacht. Die Bremer Wollkammerei will eine Dividende von 50 Goldpfennig zum Kurse von 5000 gleich 2500 Mark für jede Stammaktie und jeden Genuschein verteilen. Außer einer Dividende von 250 Prozent erhält jeder Aktionär noch eine Viertelaktie geschenkt. — Die Bremer Jute-Spinnerei hat einen Gewinn von 40 133 259,10 Mark erzielt (abzüglich der Lantime an Aufsichtsrat und Vorstand, der Gratifikationen an die Beamten). 4 Millionen Mark werden dazu in einem neu aufgemachten Wiederaufbaukonto verhebt, die gesamten Fabrik- und Maschinenanlagen stehen mit einer Mark zu Buch, der Buchwert der gesamten Fabrikstraße und der übrigen Werkwohnungen beträgt ganze 500 000 Papiermark. Das alles wurde durch die Arbeit der Weber und Spinner erzielt — sie erhalten dafür je 1 Million Papiermark in einen besonderen Wohlfahrtsfond. (Vor dem Kriege betrug diese Summe wenigstens noch 400 000 Goldmark.) Die Aktionäre verteilen dagegen unter sich 300 Prozent Dividende und 12 600 Gratis-Genuscheine, das sind insgesamt 31 Millionen Mark. — Alles aus den Knochen der Arbeiter.

Odenburg. Zur Landtagswahl. Um einen häßlichen Wahlkampf von vornherein zu verhindern, haben die odenburgischen Zeitungen beschlossen, überhaupt keine Einbindungen zur Wahl zu veröffentlichen. Wer etwas sagen zu müssen glaubt, ist auf den Anzeigenteil angewiesen. Aber auch Anzeigen, die nicht streng sachlich gehalten sind, werden zurückgewiesen werden. Eine Ausnahme nehmen die reinen Parteiblätter ein, die von den Parteien unterhalten werden. Sie, also die in Frage kommenden Parteien, tragen die Verantwortung, daß der Wahlkampf nicht ausartet. Man darf aber voraussetzen, daß sie sich dieser Verantwortung bewußt sind und Zurückhaltung üben. Den anderen Parteien ist durch den Beschluß der Zeitungen die Möglichkeit genommen, durch die Presse Erörterung zu wecken; das wird auf der anderen Seite berücksichtigt werden müssen. Ob die Zeitungen selbst etwas zur Wahl sagen wollen, muß ihnen überlassen bleiben. Sie tragen dann die Verantwortung auch selbst. — Hieraus ist zu entnehmen, daß die odenburgischen Zeitungen den von der Volkspartei heraufbeschworenen Wahlkampf als schädlich ansehen und das Vorgehen der Volkspartei nicht billigen. Dazu schreibt unser Rührer Parteiblätter: Wir erkennen den lebenswichtigen Entschluß der Zeitungen an, nur gegen wir bei der engen Verbindung, die zwischen der Volkspartei und einem großen Teil der odenburgischen Zeitungen besteht, Zweifel daran, daß er zur Durchführung kommt.

Gewerkschaften.

Kommunistische Forderung. Aus dem Deutschen Landarbeitersverband schreibt man uns: Unter dieser Ueberschrift veröffentlichen wir vor einigen Tagen eine Erklärung, in der wir die von den Kommunisten aufgestellte Behauptung bestritten, der Deutsche Landarbeitersverband habe seine Zustimmung zu einer durchschnittlich 11stündigen Arbeitszeit in der Landwirtschaft gegeben und sei damit einverstanden gewesen, daß die Frauen der Deputatarbeiter erzwungen auf den Gütern arbeiten müßten. Dieser Erklärung tritt die rote Fahne entgegen und versucht durch Anführung einiger Bestimmungen aus landwirtschaftlichen Tarifen den Ungeheuren zu erweisen, als ständen die Taten des Landarbeitersverbandes mit seiner Erklärung im Widerspruch. Nach den Bestimmungen steht der Tarifvertrag für landwirtschaftliche Dienstboten in Oberbayern eine Nachstraße für November bis Januar von 10 Stunden und für März bis Oktober eine solche von 8 Stunden vor. Demzufolge wäre hier eine noch längere Arbeitszeit zu leisten. Außerdem müssen die Landarbeiter in Mecklenburg-Schwerin für 1 1/2 Monate 11 Stunden arbeiten. Die Verpflichtung zur Zwangsarbeit für Frauen der Deputatarbeiter ist gleichfalls in dem Mecklenburger Tarifvertrag vereinbart worden in der Form, daß die Frauen verpflichtet seien, sich 4 Tage pro Woche zur Arbeitsleistung zu stellen. Soweit die Wiedergabe der tatsächlichen Bestimmungen in Frage kommt, ist ihnen eine Richtigkeit nicht abzuspüren. Vollkommen unrichtig sind aber die hieraus gezogenen Folgerungen. Das Dienstbotenverhältnis ist nicht mit den anderen landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnissen zu vergleichen. Können bei diesen die vorgeschriebenen Arbeitsstunden hintereinander geleistet werden, ist bei dem Arbeitsverhältnis der Dienstboten mit Unterbrechungen zu rechnen. Bei ihnen kommt außer der Arbeitszeit noch eine Wartezeit in Frage, die sie allerdings an den Betrieb bindet. Bei diesem Verhältnis ist es schwer möglich, die genaue Länge der Arbeitszeit der Dienstboten anzugeben. Zu beachten ist aber, daß früher die Warte- und Arbeitszeit unbegrenzt war. Heute ist durch die Vereinbarung, daß die Nachstraße eine vorgeschriebene Dauer haben muß, eine Begrenzung der Warte- und Arbeitszeit und damit eine wesentliche Verbesserung gegeben. Bei der Arbeitszeit der mecklenburgischen Landarbeiter kommt es

nicht darauf an, festzustellen, daß während der Erntezeit 11 Stunden gearbeitet werden muß, sondern wichtiger ist die Prüfung, ob hierbei von der Vereinbarung einer durchschnittlich 11stündigen Arbeitszeit geteilt werden kann. Nach Lage der Sache muß diese Frage verneint werden, wie bereits in unserer ersten Erklärung betont wurde. Eine durchschnittliche Arbeitszeit von 11 Stunden ergibt unter Zugrundelegung von 300 Arbeitstagen im Jahr eine Jahresstundenzahl von 3300, eine Bestimmung, die an keiner Stelle, auch nicht in Mecklenburg anzutreffen ist. Die Arbeitsverpflichtung der Frauen der Deputatarbeiter ist nicht erst neu vereinbart worden, sondern man hat es hier mit einem bereits bestehenden, traditionellen Verhältnis zu tun, das seine Begründung in der ganzen Eigenart des Arbeitsverhältnisses der Deputatarbeiter findet. Die Bestimmungen im Tarifvertrag bringen lediglich eine Regelung dieses Arbeitsverhältnisses zum Ausdruck. Auch hier ist eine erhebliche Verbesserung gegenüber früheren Verhältnissen zu verzeichnen, als nunmehr genau vorgeschrieben ist, wieweit die Verpflichtungen der Frauen zur Arbeitsleistung ausgedehnt werden können. Die Beweisführungen der roten Fahne sind also völlig abwegig, was sie hoffentlich ihren Lesern berichten wird.

Sport.

Kraftsportverein „Atlas“ von 1896 in Dänemark. An den Ostertagen beteiligten sich 7 Mitglieder des Vereines an dem internationalen Ringerkampf in Aabenraa. Vereinten waren 3 dänische und 2 deutsche Mannschaften. Auch hier konnte man sehen, daß die Mannschaften des Kraftsportvereines „Atlas“ sehr weit in der Ringerkunst vorgekriegt sind. Es kehrten mit Breiten heim: S. Haase, 1. Preis, E. Glog, 2. Preis, Schw. Wittig; H. Meyer, 2. Preis, Wittig; R. Glog, 1. Preis, Leichtat; K. Rasmussen, 3. Preis, Lgt. Jøbergat.

Kreismittelspiel auf der Falkenwiese. Aus den Vorrunden sind „Komet“-Hamburg und „F. S. B.“-Lübeck als Sieger hervorgegangen. (Hamburg-Kiel 2: 0, Lübeck-Mecklenburg 3: 1.) Beide Mannschaften liefern am morgigen Sonntag 3 Uhr das Schlussspiel auf der Falkenwiese. Der Eintrittspreis ist für Schüler und jugendliche Bundesmitglieder, welche sich durch Mitgliedsbuch legitimieren, auf 100 Mark festgesetzt. Arbeitslose Bundesmitglieder müssen sich durch Stempelkarte und Mitgliedsbuch ausweisen. Sie erhalten freien Eintritt. (218) 1-2.

Wetterbericht.

(Von der Lauenburgischen Wetterwarte in Mölln.) (Nachdruck verboten.) Mölln, 5. April. 8. April: Kälter, zunächst neblig-trübe, böige NW, bis N, Winde, später Aufheiterung. Meist trocken; nur im W. und N. vereinzelt, leichte Regenschauer. 9. April: Kühl, vielfach heiter, schwache N- und NW-Winde, Temperatur erhöht. Morgens vielmal Nebel; im übrigen trocken. Im Binnenlande Reif bezw. Nachfröst. 10. April: Tags wärmer, heiter bis wolkenlos, schwache NW- bis O-Winde, trocken. Früh Reif bezw. im Binnenlande leichter Frost. 11. April: Fortdauer der herrschenden Witterung bei erhöhter Tagstemperatur. Nachfröstige Nacht im Binnenlande. 12. April: Wärmer, vielfach heiter, frühe östliche Winde, trocken. 13. April: Keine wesentliche Veränderung der herrschenden Witterung bei lebhaften östlichen Winden und erhöhter Luftwärme. 14. April: Wetteränderung bevorstehend und anz. vorbereitend. Bei stark aufsteigenden SO-Winden westwärts fortschreitende Zunahme der Bewölkung. Im W. und N. Eintritt von Regenschauern, im Küstengebiet mit stellenweisen Gewittern.

Allerlei Wissenwertes.

Wassermanns Tuberkuloseheilmittel. August von Wassermann, der Vater des Nihilismus für experimentelle Therapie, hat für die Diagnostik der Syphilis die experimentelle Grundlage in der nach ihm benannten „Reaktion“ geschaffen. Nezt ist dem Forscher in jahrelangen Untersuchungen der Nachweise einer experimentellen Grundlage auch für eine spezifische Serodiagnostik auf aktive Tuberkulose gelungen. Das ist um so bedeutungsvoller, als die Schaffung einer zuverlässigen Erkennung für eine Krankheit dringender erscheint, als die Tuberkulose, obwohl wir seit der Entdeckung Robert Kochs im Tuberkulin die Möglichkeit haben, die Infektion mit Tuberkelbazillen im Organismus nachzuweisen. Aber das Vorhandensein von Tuberkelbazillen im Organismus macht diesen ja durchaus noch nicht krank, d. h. behandlungsbedürftig, und weitaus die meisten Erwachsenen, besonders in Großstädten, aber auch die Mehrzahl von Kindern geben eine positive Hautreaktion bei der Prüfung mit Tuberkulin, ohne deswegen tuberkulös krank zu sein. Um eine „aktive Tuberkulose“ festzustellen, dafür bieten die Untersuchungen Wassermanns, die in der „Deutsche Med. Wochenschrift“ veröffentlicht, die Grundlage. Die Bedeutung einer solchen Serodiagnostik trifft besonders das Kindesalter, weil damit die Behandlungsbedürftigkeit von Kindern bestimmbar wird. Die auf neuen Wegen mit der Krankheit Wassermannscher Serumforschung vorgeordneten Untersuchungen brachen mit der bisher als Dogma geltenden Anschauung, daß die „Antikörper“ im Serum eines an einer Infektionskrankheit leidenden Menschen sich qualitativ völlig gleich denen verhalten, wie sie bei Tieren durch künstliche Immunisierung mit den betreffenden Krankheitserregern im Blute auftreten. Auf Grund seiner Ergebnisse macht Wassermann den älteren Rückschluß, daß jeder Mensch, ob Kind oder Erwachsener, dessen Serum mit dem Tetanin-Tuberkulose-Verhältnissen positiven Ausschlag gibt, an aktiver Tuberkulose leidet. Aber die Bewertung eines negativen Ergebnisses dieser Serumprüfung äußert sich Wassermann vorläufig sehr vorsichtig. Die Ausföhrung der Reaktion, zu der er die Handhaben bietet, ist recht leicht, wird aber dem Arzte in vielen Fällen sicheren Boden für sein Handeln bieten können. Auf die Hauptfrage, ob durch die Serodiagnostik eine Tuberkulose, d. h. die Anwesenheit von tuberkulösem Gewebe, oder nur ein tuberkulöser Infekt, d. h. die Anwesenheit von Tuberkelbazillen nachgewiesen wird, konnte bisher eine exakte Antwort nicht gegeben werden. Das müßte erst im Laufe von Jahren auf Grund von klinischen Beobachtungen festgestellt werden.

Kultur! Kultur! Kapitän Oliver veröffentlicht in „The Military Engineer“ einen Artikel über den mit chemischen Mitteln geföhrten Krieg. „Die chemische Waffe“, sagt er, „hat im letzten Krieg 27,6 Prozent der Gesamtverluste bei amerikanischen Truppen verursacht. Künftig werden die Götter die neuer Methoden und ganz ungläubliche Mengen von Giftgasen bei der Kriegsföhrung verwenden. Wenn einmal diese Todesmittel verwendet werden, so wird es zweifellos mit Hilfe von Aeros ohne Piloten geschehen, nämlich mittels auf drahtlosem Wege gelenkter Flugzeuge, die so gut wie unangreifbar sein würden. Während einer Nacht werden ganze Städte, die vom strategischen Standpunkte wichtig sind, vernichtet werden. Die Zivilisten, Kinder, Frauen, Greise, Zug- und Apvovisionierungswagen, kurz alle Lebewesen werden getötet werden, wie durch eine schreckliche Katastrophe. Das ist keine Phantastik eines Romanschreibers, sondern eine sachliche Voraussage eines technischen Sachverständigen. Die chemische Waffe ist gegenwärtig ein mächtiges Angriff- und Verteidigungsmittel. Die Ueberlegenheit im Kriege wird jenem Lande gehören, welches, indem es die Notwendigkeiten der Zukunft begriff, während des Friedens seine industrielle Macht vergrößert, die Weltmärkte für chemische Produkte gewinnt und welches imstande sein wird, seine Fabriken sofort für die Kriegsinindustrie umzuschalten.“ — So heißt

Das finstere und das helle Zeitalter.

Von Franz Thiel.

Die Annahme, daß das „Mittelalter“ ansehnlich finster gewesen sein müßte, ist weit verbreitet. Sie entspricht jene, daß nach dem Zeitalter der Aufklärung wir nun in eine wirklich erleuchtete Epoche eingetreten seien.

Darüber läßt sich manches sagen. Im Wesentlichen gründet sich die Behauptung von der Finsternis des Mittelalters darauf, daß es allgemein noch kein elektrisches Licht, nicht einmal Gas oder Karbid gegeben habe, und daß, wenn jemand von uns hätte telefonieren wollen, er noch geduldiger Wartens seinen Anruf bekommen hätte. Und warum? Es ist kaum zu glauben: weil es keinen gab.

Dagegen haben wir mit unseren bewundernswerten Erfindungen der Kunst als Bollwerk einer Regie des Fortschritts da, die mit verheißendem Regen auf die Wüsten einer jenseits Bergangehen leitet. Wir haben Millionenstädte, haben Weltverkehr, Eisenbahnen und Telegraphenlinien. Und wenn ein Telephonkabel die Verbindung mit Paris hergestellt hat und ich dort nun wirklich so ein Telegramm melde, durchgehend es lie. Denn es ist schon eine Sache, durch eine schwarze Nacht hindurch Punkte zu legen, daß es ein brutaler Zeigeweise sei.

konnte als unklare Urformen; wir sind nun in Spiralen gelaufen, haben viel wilde Gassen gemacht und stehen jetzt eigentlich auf einem Punkte, den man noch nicht einmal richtigen „Punkt“ nennen kann, vielmehr geht es weiter mit der allgemeinen europäischen Lust.

Denn in finsternen Zeiten hat man freilich Hegen verbrannt und Tünderläutungen zum Lode vernarrt. Doch ob ein Verbrechen aus religiösem Irrtum heraus nicht einem aus wirtschaftlicher Notwendigkeit oder bloßer Dummheit vorzuziehen ist?

Jetzt werden zwar nicht mehr Hegen verbrannt, dafür aber laßt man inhejeren Unterjochte zwischen anständigen und unanständigen Menschen gemacht, als es den Unanständigen notwendig geht, während alle Anständigen, Stillen, Arbeitsamen und Gerechten langsam aber sicher vom Leben abgetriegt werden und die besten von ihnen gehen eigenlich ganz mittelalterlich auch für einen Gläubigen zu Grunde.

Es scheint, daß die vielgerühmte und bewunderte Technik uns gar nicht mehr helfen kann. Bist eher fest es aus, als ob alles seit Jahrhunderten ererbte mit vollendetem Technik wieder kaputt gemacht werden soll.

Im Kriege ist einmal eine köhne alte göttliche Kirche zumangehoben worden. Sie sollte jetzt ersetzt ausgehoben werden. Da heißt es sich heraus, daß man sie nicht wieder aufbauen konnte. Die Pläne waren mit verrotten und aus eigenem Kopfe konnte man nicht mehr herstellen, was gewesen war. Das ist ähnlich schlimm, wenn auch mancher sich zum Troste sagen wird, daß nun modernen Europäer zwar keine göttlichen Kirchen mehr erbauen, dafür aber eine solche Kirche auf mehr als hundert Kilometer Entfernung elegant und trefflicher niederlegen“ können. Das heißt aus mal erst das Mittelalter nachmachen! Und weil für diese Leute Kirchen bezeichnend die Kirche eines Arbeiters und demselben Glaubens hat, um sie recht daran, sich als Kinder eines Hellen, wenn auch etwas brandig riechenden Zeitalters zu fühlen.

Die Kultur des kapitalistischen Zeitalters aus. Die herrschende Gesellschaft bekennt sich zum Christentum sozugen. Ein Christentum mit Gift und den ausgiebigsten Mordmethoden im Bunde. Man hat vielfach Ursache, sich seines Menschentums zu schämen.

Ebelmetalle für die Reichsbank. Der letzte Reichsbankausweis stellte insofern eine Ueberraschung dar, als er plötzlich eine Vermehrung des Metallbestandes um 400 Millionen Mark anzeigte. Die Annahme, daß es sich dabei um Silber handelte, hat sich nicht bestätigt, vielmehr hat man die neugeprägten Aluminiummünzen als echtes Zahlungsgeld angesehen und in den Metallbestand der Reichsbank zum Nennwert eingerechnet. — ein ganz widersinniges Verfahren. Jetzt teilen die der Reichsbank nachstehenden Blätter mit, daß gleichwohl in der letzten Zeit infolge der Krise im Metallhandel der Zentral-Roteninstitut erhebliche Bestände an Edelmetallen zugeflossen sind. Die nächsten Reichsbankausweise werden Klarheit bringen, inwieweit eine Stärkung des Metallbestandes der Reichsbank eingetreten ist.

Valuta-Dumping und echtes Dumping. Die Verschleuderung von Waren nach dem Ausland, kurz Dumping genannt, war in der Zeit des Niederganges der deutschen Mark an der Tagesordnung und konnte nur dadurch die scharfe Kontrolle des Außenhandels einigermaßen zurückgedämmt werden. Nachdem die Mark steht, tauchen immer wieder Fälle auf, wo echtes Dumping betrieben wird. Man führt Waren zu einem niedrigeren Preise ins Ausland, als der Inlandspreis der Ware beträgt. Auf diese

Wiese will man unter allen Umständen den Export aufrechterhalten. In allen diesen Fällen ist es der Verbraucher, der den Preisunterschied zahlt, mit Hilfe dessen die fraglichen Unternehmungen die Industrie des Auslandes unterbieten können. Die hieraus sich ergebenden Fragen wurden auch bei der Beratung der Ausfuhrkontrolle im Reichswirtschaftsrat behandelt. Mit Recht forderten hier die Arbeitervertreter, daß eine solche Schädigung der Verbraucher verhindert werden soll, indem man als Mindestpreise für die Ausfuhr den jeweils gültigen Inlandspreis der Ware festlegt.

Geschäftliches.

Rieschels Wellblech-Grubeherb mit Patentfeuerung liefert zu jeder Tageszeit heißes Wasser und erwärmt die Küche angenehm. Das Kochen, Braten, Backen usw. werden durch ihn zu einer Spielerei. Beachten Sie die Anzeige der Firma **Wolff Borghardt** in vorliegender Nummer.

Zahnpasta selbst zu bereiten!

Zahnpasten bestehen aus einer Pulvermischung, welche mit Glycerin vermischt ist. Dieses entbehliche Glycerin und die Metallbürste in **Dr. Bahrs Zahnpulver „No. 23“** einlaugen, so bereiten Sie sich selbst frische aromatische Zahnpasta, welche die Zähne blendend weiß erhält und nur ¼ so teuer ist. Man verlange ausdrücklich: „No. 23“. Zu haben in allen Apothek. u. Droger. (195)

Für die Ruhrhilfe

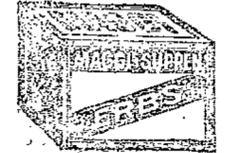
gingen ein beim Deutschen Metallarbeiter-Verband:

bisher quittiert	578 070,— M
L. M. G., 3., 4. und 5. Rate	191 350,— M
Beth	62 000,— M
Schafelg u. Nöfel	58 550,— M
Smidh u. Co.	16 000,— M
Sans Rod	7 000,— M
Glogner u. Co.	17 250,— M
Kochs Werk	64 670,— M
Kud. Otto Meyer, Heizungsmonteur	12 500,— M
Elektriker der Glenderwerft	8 000,— M
Schärfle u. Co., Oldesloe	18 900,— M
Friede u. Brandt, Oldesloe	14 000,— M
Hero-Werk, Oldesloe	18 000,— M
1 062 790,— M	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Deber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bower; für Industrie Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

MAGGI Suppen ersparen Suppenfleisch

Nur mit Wasser nach Anweisung gekocht, schmecken sie ebenso kräftig wie mit selbstgemachter Fleischbrühe zubereitete Suppen. Eiernudeln, Eiersternchen, Erbs, Erbs mit Speck, Ochsenchwanz, Pilz und andere beliebige Sorten. Man achte auf den Namen **MAGGI** und die gelbrote Packung.



Ämlicher Teil

Verordnung

Über die Festsetzung und Handhabung der Polizeistunde in Gast- und Schankwirtschaften und die Einschränkung von Vergnügungen. (Veröffentlicht am 7. April 1923.)

Auf Grund der Artikel I und II des Notgesetzes vom 24. Februar 1923 (Reichsgesetzbl. S. 147) und der dazu erlassenen Ausführungsverordnung des Senats vom 14. März 1923 verordnet das Polizeiamt, zugleich im Auftrage des Senats, folgendes:

§ 1. Für Gast- und Schankwirtschaften, Kaffeehäuser, Theater, Lichtspielhäuser, Kabarets, Bars und Dancs und die mit diesen Unternehmungen in Verbindung stehenden Räumlichkeiten wird die Polizeistunde auf 11 Uhr abends, für andere öffentliche Vergnügungsorte (sogenannte Kummelplätze und dergl.) auf 10 Uhr abends festgesetzt.

§ 2. Die Polizeistunde kann auf Antrag bis 12 Uhr nachts, ausnahmsweise auch hierüber hinaus, verlängert werden.

Für die Verlängerung der Polizeistunde ist eine vom Polizeiamt festgesetzte Gebühr zu zahlen. Von dem Zeitpunkt des Eintritts der Polizeistunde bis 6 Uhr morgens sind die ihr unterliegenden Betriebe für jeden Verkehr geschlossen zu halten. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf die Beherbergung von Fremden, soweit damit ein Ausschank von Getränken oder ein Verabfolgen von Speisen irgend welcher Art nicht verbunden ist.

§ 3. Die Bestimmungen in den §§ 1 und 2 finden Anwendung auf geschlossene Gesellschaften (Klubs usw.) in einer Gast- oder Schankwirtschaft oder mit einer solchen in Verbindung stehenden Räumlichkeiten, soweit damit ein gast- oder schankwirtschaftlicher Betrieb verbunden ist. Sie gelten ferner auch für Räume, die im Eigentum geschlossener Gesellschaften stehen oder von ihnen ermiertet sind.

§ 4. Mit der Ueberwachung der Einhaltung der Polizeistunde sind die Polizeibehörden beauftragt. Den Beamten ist auf Verlangen zu allen Räumlichkeiten, die der Polizeistunde unterliegen, Zutritt zu gewähren und die von ihnen geforderte Auskunft zu erteilen; ihren Anordnungen ist unbedingt Folge zu leisten.

§ 5. Öffentliche Maskenbälle, Kostümfeste, Kappensfeste und ähnliche Veranstaltungen sind verboten. Im übrigen werden die öffentlichen Tanzvergnügungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

§ 6. Zuwiderhandlungen werden nach den Artikeln 1 § 4 und II § 2 des Notgesetzes mit Gefängnis bis zu drei bzw. sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu einer Million Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Daneben kann bei wiederholten Verstößen die Polizeistunde verkürzt oder die Schankerlaubnis entzogen werden.

§ 7. Die Verordnung des Polizeiamtes vom 25. Januar 1923, betreffend die Polizeistunde und die Abhaltung von öffentlichen Tanzvergnügungen, wird hiermit aufgehoben.

Lübeck, den 5. April 1923.

Das Polizeiamt.

Öffentliche Aufforderung

betreffend Zahlung

- der Lübeckischen Grundsteuer 1922/23.
- der Lübeckischen Grundsteuerzuschläge (Wohnnahrungsmittel, Feuerlösch- und Straßenreinigungszuschläge) 1922/23.
- der Lübeckischen Gewerbesteuer 1922.
- der Einkommensteuer für 1921/22 und
- der vorläufigen Reichseinkommensteuer für 1923.

Steuerpflichtige, die mit der Zahlung obenannter Steuern im Rückstand sind, werden mit Genehmigung des Landesfinanzamts hiermit aufgefordert, den Rückstand innerhalb einer Woche, vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an gerechnet, an die Finanzkasse in Lübeck, Fleischhauerstraße 20, an den Werktagen, außer Donnerstagen, zwischen 8 und 12 Uhr vorm. zu entrichten oder durch Bank- oder Postcheckkonto zu überweisen, andernfalls Zwangsversteigerung eintritt. Es liegt im Interesse der Steuerpflichtigen, sich möglichst des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zu bedienen.

Lübeck, den 5. April 1923.

Das Finanzamt.

Bekanntmachung

Landkrankenliste für die Provinz Lübeck.

Mit Wirkung vom 1. April 1923 ab werden die Grundlöhne und Beiträge vorbehaltlich der Genehmigung des Oberverwaltungsamts wie folgt festgesetzt:

Sozialstufe	Tagesverdienst	Grundlohn	Wochenbeitrag im ganzen	Wochenbeitrag davon zahlbar	Krankenlohn für den Arbeitstag	Sterbelohn
I	bis 400	300	180	120	60	6000
II	„ 900	360	480	320	160	16000
III	„ 1700	1600	960	640	320	32000
IV	„ 2500	2400	1440	960	480	48000
V	„ 3700	3600	2160	1440	720	72000
VI	„ 4900	4800	2880	1920	960	96000
VII	„ 6100	6000	3600	2400	1200	120000
VIII	„ 8100	8000	4800	3200	1600	160000
IX	über 8100	10000	6000	4000	2000	200000

Vorarbeiter und verheiratete Schmelzer in größeren Betrieben haben demnach wöchentlich 4800 Mk., Vorarbeiter und verheiratete Druckerarbeiter 3600 Mk., Wochlöhner und Eheleute über 17 Jahre 1440 Mk., Eheleute unter 17 Jahre 960 Mk., Dienstmädchen 960 Mk., landwirtschaftliche Arbeiterinnen und Molkfrauen 180 Mk. zu zahlen.

Der Zuschuß für größere und kleinere Hilfsmittel ist bis zu 10 000 Mk. festzusetzen.

Guterh. K. August, 11. K. weiß, Kleid, 4 St. Salbich, Gr. 86, 3. vert. Zw. 12-2 Uhr. 218 Belkstr. 80, I.

3 Saq. **Junkel** zu verkaufen. J. Küwer, Schwarz. Allee 125. (224)

Gut erh. Nähmasch. zu tauschen geg. Korr. oder Zahlung. Angeb. u. A 807 an d. Exp. (232)

Bronnenaden od. Klappspornwagen in Verb. geg. Ang. m. Br. u. AS 06a. Exp. (236)

Verloren gold. Uhrarmband. Abzugeben gegen gute Belohnung. (249) Ludwigstr. 16 pt.

Am Sonntag, dem 8. April 1923 wird das Bestellte (204)

Kartoffelland abgemessen, morgen von 8 Uhr.

A. Hamer, Flems.

Herzfl. Sonntagsbleim. (189) Br. Eschenburg, Dürrstr. 33. 511. Br. Wollig, Friedenstr. 12 St. Fr. Christen, Spangstr. 4.

Steppdecken Anfertigung u. Neuheiten. Spetmann Breite Str. 31. Fernsp. 8639 (1)

Smallicren (220) von Fahrern, Spec.: Rahmenbrüche, sowie sämtl. Reparaturen schnell und billig. Jeske, Pantstraße 18.

Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (80)

Otto Albers Markt 4. Kohlm. 10

Referentenführer. Von Eduard David, Buchhandlung **Sünder Volksbuch** Johannisstr. 46.

Öffentliche Zustellung. Ehefrau Marie Born, geb. Kleinfeldt, Travemünde, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Koch, Lübeck, klagt gegen Arbeiter Ferdinand Karl Born, zuletzt Lübeck, mit Antrag, die Ehe der Parteien zu scheiden und Beklagten für schuldig zu erklären. Klägerin ladet Beklagten zur mündlichen Verhandlung vor Landgericht, Zivilkammer III Lübeck zum 29. Mai 1923, vorm. 10 Uhr mit Aufforderung, einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt zu seinem Vertreter zu bestellen. (188) Lübeck, 3. April 1923. Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Jagdverpachtung. Am Mittwoch, dem 11. April 1923, vorm. 10 Uhr, soll im Zimmer 18 der Finanzbehörde, Fleischhauerstraße 18, die Nutzung der nachstehenden Jagdreitere öffentlich meistbietend auf 6 Jahre verpachtet werden:

1. Albsfelder Forst, groß 173,49 ha
 2. Kehlendorfer Forst u. See, „ 308,46 „
 3. Kronsförder Forst, „ 284,32 „
 4. Schrettlakener Forst, „ 260,34 „
 5. Trammer Strubben, Forst, „ 194,75 „
 6. Welscher Feld, „ 108,41 „
 7. Fröh. Flugplatz Blantensee, „ 144,88 „
- Die Reviere 1-5 haben guten Rehwildbestand. Pachtbedingungen und Grenzarten liegen im Bureau der Finanzbehörde, Zimmer Nr. 7, zur Einsicht aus. Weitere Auskunft erteilt Oberförster Nöhning in Higerau b. Ruffe. Lübeck, den 17. März 1923. Die Finanzbehörde, Abteilung für Forsten.

Forstrevier Israelsdorf.

Holzverkauf

am Mittwoch, dem 12. April d. Js., von 9 1/2 Uhr vorm. an im Gesellschaftshaus von W u u B, Israelsdorf aus dem Forstort Schellbruch: 529 Stm. Eichen, Eichen, Nimen- und Ahorn-Buch, 52 m Eichen Stangenhäufen, 4 m lang, 64 m Eichen-Nußhölzer, 8-12 cm Ø, 2 m lang, 238 m Eichen-Nußhölzer, 12-20 cm Ø, 2 m lang, 94 m Eichen, Eichen, Nimen- und Ahorn-Knüttel, 23 Stück Eichen-Deichseln mit 2,27 m, 13 Stück Eichen-Stämme IV. Kl. mit 1,37 m, 1 Stück Eichen-Stamm IV. Kl. mit 0,58 m Holz Nr. 1 bis 251, 270-462, 1000-1020. (192) Listen werden nicht ausgegeben. Auskunft erteilen Förster Dietel, Altsauerhof und Revierjäger Lühr, Carlshof. Waldhufen, im April 1923. Der Revierförster.

Nichtamtlicher Teil

Mehrere Zentner In- und ausländische Pflanzenstängel zu verkaufen. (226) Balauerhof 35. **Ein 16jähr. Junge** sucht Stellung auf dem Lande Nähe Lübeck. (235) Schütze, Postfach 41.

Technische Hochschulwoche Lübeck

3.-14. April 1923. Vorträge.

Sonntag, d. 3. April, 11 1/2 Uhr vorm.: Eröffnungsfest mit anschließendem Vortrag von Geheimrat Prof. Josse-Charlottenburg: Ueber das Wesen der Technik.

1. Vortragsreihe Sonntag, den 8. April u. Montag, den 9. April, abends 6 1/2 Uhr. Geheimrat Prof. Josse-Charlottenburg: Energiewirtschaft, Stoff und Menschen.
2. Vortragsreihe Dienstag, den 10. April u. Mittwoch, den 11. April, abends 6 1/2 Uhr. Prof. Bucherer-Charlottenburg: Aus der technischen Chemie der Neuzeit.
3. Vortragsreihe Donnerstag, d. 12. April, Freitag, d. 13. April u. Sonnabend, d. 14. April, abends 6 1/2 Uhr. Prof. Dr. Ing. Blum-Hannover: Der Verkehr, seine Entwicklung und seine Bedeutung.

Sämtliche Veranstaltungen finden in der Aula des Johanneums statt. Eintrittskarten bei Ernst Robert, Breite Str. 29 und an der Abendkasse. Preise: Eröffnungsfest mit anschließendem Vortrag: 200 Mk. Für jede Vortragsreihe 600 Mk. Für sämtliche Veranstaltungen 1800 Mk. Studenten und Schüler zahlen die Hälfte. (190)

Verloren—Motorrad.

Chaujee Lübeck—Mendorf (Ostsee) 2. Overtag von Hamburg kommend 2 Packtaschen mit Inhalt. Gegen entp. Belohnung abzugeben. (245) G. Leinemann, Hamburg 25.

Nach kurzer, schwerer Krankheit starb unerwartet unsere liebe Tochter Gertrud im Alter v. 9 Jahren. Die trauernden Hinterbliebenen Fam. Ledert, Sams. Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittags 4 Uhr von der Kapelle in Rücknig aus statt. Deute hat nach schwerer Krankheit meine liebe Frau, unkl. gute Schwester und Tochter Charlotte Knopf geb. Boruta im 40. Lebensjahre. In tiefer Trauer die Hinterbliebenen Albert Knopf. Rücknig, 5. April 23. Verdig. Montag, 9. April, 3 1/2 Uhr. Friedh. Waldhufen.

Sünder Mädchen melde ich Oftern die Schule verlassen hat. H. Pingel, Schwarzwald, Lübecker Straße 64. (210)

Tüchtiges Mädchen für bewiesene herzliche Teilnahme an dem herben Verlust unseres lieben Sohnes all. Verwandten u. Bekannten, f. Jugendfreunden, den Meistern, Arbeitern u. Lehrlingen der Firma Gwers & Wiesner un. innigsten Dank. (227) Familie Wädge.

ein jung. Mädchen

nach dem Lande für alle vorkommenden Arbeiten bei Familienanschluss u. gut. Gehalt. Alles Nähere Mühlentorstr. 1, 2. r.

Jg. Mädch. (Konfession nicht klein, abf. d. möbl. Zim. vorn Burgtor, Ang. unt. A 804 a. d. Exp. (211)

Gerrenstiesel u. Trauerhut zu verkaufen. (170) Ellendrook 25, pt.

Zu verk. e. alt. u. n. Chaisel, Sofas u. 3 Essl. (209) Brüderstr. 8 a.

Fast neuer Müslich-isch 55000. Konzert- u. Mandolinenritzer v. v. 201) Chasotstr. 23, II. Kinderwagen u. D. Som. Gut v. v. Mabenbüsch, Segebergerstr. 65 I. (199) Fortzugshd. Schlafstube. Blüchgam. m. Tisch bil. (221) Glodengieserstr. 22.

